UN1A

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

DIE ZEITONG DER GEWERKSCHAFT.

Hitze auf dem Bau: So gefährlich ist sie. Darum ist die Waadt vorbildlich. Seite 3

500 Jahre Sklaverei, sexuelle Ausbeutung, Kolonialismus, Rassismus

Weisser Mann, was tust du uns an

Der aktuelle Rassismus hat eine lange Geschichte. Es ist eine Geschichte der Schande. Und sie hat auch die Schweiz reich gemacht. Das grosse Dossier:

Seiten 10-11



Jede und jeder dritte Lernende wird am Arbeitsplatz sexuell belästigt. Seite 2

Mehr Pension für Frauen

Der BVG-Kompromiss ist ein Erfolg für die Gewerkschaften. Die Details. Seite 7



Toni Morrison (†88) kämpfte ihr Leben lang gegen rechte Hetzer. Jetzt ist die US-Schriftstellerin tot – und ihr Werk aktueller denn je. Eine Würdigung. Seite 9





GEGEN DAS VERGESSEN

Manche Fotos sind brutal konkret. Das von Napalm verletzte, nackte, schreiende Mädchen: die Verkörperung des grausamen Vietnamkrieges. Der kleine Junge im roten T-Shirt, der tot am Strand liegt: das unerträgliche Symbol für das Versagen Europas in der Flüchtlingskrise. Weisse Männer, die in herrischen Posen über halbnackten schwarzen Frauen stehen: verstörende Sinnbilder kolonialistischer Ausbeutung und der sexuellen Gewalt des weissen Mannes. Diese Bilder (S. 10, 11) zeigen uns, dass der Reichtum Europas auf Ausbeutung beruht. Besonders die Sklavenwirtschaft hat den europäischen Kapitalismus angetrieben, wie work-Autor Oliver Fahrni schreibt. Auch die Schweiz war daran beteiligt. So besass etwa der Staat Bern Aktien der britischen «South Sea Company», die Sklaven verkaufte. 1723 war der mächtigste Staat der Alten Eidgenossenschaft der mit Abstand grösste Aktionär dieser Gesellschaft, noch vor der «Bank of England» und König George I. Später profitierte der Schweizer Finanzplatz vom internationalen Ruf, der aus Geschäftsbeziehungen im kolonialen Kontext entstanden war. Darauf ist auch der Boom von Schweizer Banken in der weltweiten Vermögensverwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen.

HINSCHAUEN. Und das düstere Erbe des Kolonialismus lebt weiter in den Orbáns oder Trumps dieser Welt. In Rassismus und Sexismus. In der Islamfeindlichkeit, welche die Glarners dieser Schweiz heraufbeschwören, und in den Salvinis, die Rassismus zum politischen Programm machen. Deshalb ist es wichtig und richtig, sich solche Bilder vor Augen zu führen, seien sie auch noch so verstörend. Damit wir die unbequeme Wahrheit nicht verdrängen. Damit wir die Deutung der Geschichte nicht anderen überlassen. Und weil es einfacher ist, gegen etwas zu kämpfen, das sichtbar ist. Denn die Ausbeutung geht weiter, mit Landraub, Kriegen und der Diktatur der Konzerne. Und sie macht auch beim Klima nicht Halt.

MASSLOS. Die Hauptlast der vom reichen Norden verursachten Klimakrise tragen die Menschen in den Ländern des Südens. Zu Recht fordert die Klimajugend deshalb Klimagerechtigkeit. Und damit verbunden auch einen Systemwandel. Und genau ob dieser Forderung malen rechte Politikerinnen und Politiker bereits den «grünmaskierten roten Teufel» an die Wand. Es braucht einen Systemwandel, davon sind auch die Klima-Aktivistinnen Bea Keller und Monique Schumacher überzeugt. Deshalb blockierten sie am Zürcher Paradeplatz den Eingang der Credit Suisse. Aus Protest gegen die klimaschädigenden Investitionen der Grossbank. Die Zürcher Polizei reagierte, als wären sie Schwerverbrecherinnen, sagen sie im work-Interview (S. 5): mit Leibesvisitation «in allen Körperöffnungen», mit Einsperren im «Scharfen», mit allerlei Schikanen. Doch Keller und Schumacher lassen sich nicht einschüchtern.

Neue Unia-Umfrage zu sexueller Belästigung in der Lehre

Betatscht und blöd angemacht



ALLTAG IN DER LEHRE: Die häufigste Form der sexuellen Belästigung sind sexuelle Anspielungen und abwertende Bemerkungen. Foto: GETTY

In der Lehre ist schon jeder und jede dritte am Arbeitsplatz sexuell belästigt worden. Das zeigt eine neue Umfrage der Unia.

CHRISTIAN EGG

Sexistische Sprüche und abwertende Bemerkungen gehören für viele Lernende zum Alltag. Das Ausmass zeigt jetzt eine neue Umfrage der Unia-Jugend. Gut 800 Jugendliche aus der ganzen Schweiz haben daran teilgenommen.

Die Ergebnisse sind deutlich: Ein Drittel aller Lernenden hat schon mindestens einmal sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erfahren.

«Die Firmen müssen Nulltoleranz durchsetzen.»

KATHRIN ZILTENER, UNIA-JUGENDSEKRETÄRIN Frauen sind öfter betroffen als Männer (siehe Grafik). Zählt man Erlebnisse in der Schule und im Privatleben dazu, dann sind es sogar 70 Prozent der Lernenden, die schon Opfer von sexueller Belästigung wurden. Unia-Ju-

gendsekretärin Kathrin Ziltener sagt: «Die Zahlen sind erschreckend hoch – besonders wenn man bedenkt, dass die Jugendlichen erst seit kurzer Zeit im Arbeitsleben und viele von ihnen noch minderjährig sind.»

ZUERST BLÖDE SPRÜCHE...

Die häufigste Form der sexuellen Belästigung sind laut der Umfrage sexuelle Anspielungen und abwertende Bemerkungen. In fünf von sechs Fällen kommen noch andere Arten der Belästigung dazu, etwa «unerwünschte Körperkontakte» wie Begrapschen (alleine am Arbeitsplatz 12 Prozent aller Befragten) oder Stalking (8 Prozent). Ziltener: «Das deutet darauf hin, dass sich solche Grenzüberschreitungen oft kumulieren.»

Schlagzeilen machte im Frühling 2019 ein Bäckermeister aus Biel: Er hatte zwei weibliche Lernende sexuell missbraucht und wurde dafür zu 20 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Allerdings erlaubte es ihm das Gericht, weiterhin Lernende auszubilden. Erst nach zahlreichen Protesten auf Facebook zog sich der Mann freiwillig aus dem gesamten Betrieb zurück und versprach, nie mehr als Lehrlingsausbilder tätig zu sein.

... DANN LEHRABBRUCH

Die Folgen von sexueller Belästigung können gravierend sein. Unia-Frau Ziltener sagt: «Wenn sich Vorfälle häufen und die Betroffenen keine Hilfe erhalten, kann dies nachhaltige Narben auf der Seele hinterlassen.» Mehrere Teilnehmende der Umfrage gaben an, dass sie in der Folge ein Burnout erlitten hätten oder die Lehre abbrechen mussten.

Das Gesetz verpflichtet die Arbeitgeber, die Mitarbeitenden zu schützen, die Lernenden ganz besonders. Ziltener: «Für sexuelle Übergriffe heisst dies, dass Firmen Nulltoleranz durchsetzen müssen.» Dazu gehörten klare Reglemente, eine Anlaufstelle inner- oder ausserhalb des Betriebs und Sanktionen für fehlbare Mitarbeitende.

Belästigung: Berufsschulen drücken sich

Wie fülle ich eine Steuererklärung aus? Welche Rechte habe ich als Mieterin oder Mieter? Wie verhalte ich mich ökologisch? Solche Dinge und noch viel mehr lernen Stiftinnen und Stifte an der Berufsschule im allgemeinbildenden Unterricht. Zum Thema sexuelle Belästigung am

Sexuelle Belästigung als Thema in der Berufsschule? Fast überall Fehlanzeige.

Arbeitsplatz lernen die meisten: nichts. Das zeigt eine Umfrage von work bei verschiedenen Deutschschweizer Kantonen.

UNVERBINDLICH. Der Kanton Zürich schreibt, es gebe «keine verbindlichen Vorgaben», ob die Berufsschulen die Lernenden zu diesem Thema informieren müssten. Im Kanton Bern mussten die Schulen zwar ein Konzept erstellen, wie sie sexuelle Belästigung zu thematisieren gedenken. Eine verbindliche Weisung gibt es hier aber auch nicht: «Die Schulen sind frei, wie sie das Thema behandeln wollen.» Und an der Berufsschule Basel-Stadt ist ein Programm zum Thema erst in Planung. Der Kanton St.Gallen gibt an, sexuelle Belästigung werde im allgemeinbildenden Un-

NICHT MIt MIR!
Stiftinnen sollen
lernen, sich
gegen sexuelle
Belästigung zu
wehren. FOTO: ISTOCK

eer
chue das
en.» Und
l-Stadt ist
ma erst in

terricht behandelt. Doch auch hier: keine verbindliche Vorgabe an die Schulen.

Unia-Jugendsekretärin Kathrin Ziltener hat während und nach der Umfrage (siehe Text oben) mit vielen Stiftinnen und Stiften gesprochen. Sexuelle Belästigung als Thema in der Berufsschule? Fast überall Fehlanzeige, sagt sie. Das muss sich jetzt ändern. Ziltener fordert: «Alle Berufsschulen müssen den Lernenden aufzeigen, welche Formen von Belästigung es gibt und wie sie sich dagegen wehren können.» Und zwar im Unterricht. «Es reicht sicher nicht, den Schülerinnen und

Schülern beim Eintritt eine Bro-

schüre zu verteilen.» (che)

Hitzewellen nehmen zu: Die Arbeiter kommen ans Limit

«Man denkt nur noch: Schatten, trinken, heim»



Auf der Baustelle und im Gartenbau ist Hitze nicht nur lästig, sondern gefährlich. Die Unia fordert die Firmen zum Handeln auf.

CHRISTIAN EGG

Der Gärtner Simon Steinmann sagt es deutlich: «Bei Temperaturen gegen 35 Grad kann man keine Leistung mehr erbringen.» Der Kreislauf mache nicht mehr mit, der Kopf schmerze, in Gedanken sei man nicht mehr bei der Arbeit, so das 45jährige Unia-Mitglied: «Wenn du drei, vier Stunden an der prallen Sonne gearbeitet hast, denkst du irgendwann nur noch: Wo gibt's Schatten, wo kann ich was trinken, wann kann ich heim?»

43 GRAD KÖRPERTEMPERATUR

Gleich zwei Hitzewellen überrollten diesen Sommer die Schweiz: In der letzten Juniwoche und gegen Ende Juli. Zweimal sieben Tage lang kletterten die Temperaturen jeweils über 30 Grad. An zahlreichen Orten gab es neue Temperaturrekorde. Und vor allem: Solche Hitzewellen nehmen zu.

François Clément von der Unia sagt es so: «Der Klimawandel schafft neue Arbeitsbedingungen.» Für Bauarbeiter, Gärtner oder Dachdecker, die im Freien arbeiten, ist das lebensgefährlich. Das zeigte sich Ende Juli im Kanton Freiburg dramatisch. Ein 40jähriger portugiesischer Gartenbauer brach bei der Arbeit in brütender Hitze zusammen. Kurz darauf starb er im Spital. Unia-Mann Clément hat mit der Familie des Opfers gesprochen: «Er starb an den Folgen eines

Hitzschlags.

Als er im

Spital an-

kam, hatte

er eine Kör-

«Das Thermometer zeigte 70 Grad an.»

ERIC DUCREY, BAUARBEITER

pertemperader Familienvater erst seit drei Monaten in der Schweiz.

Die Hitze führt auch zu mehr Arbeitsunfällen. In einer Studie stellte die Suva fest: An Hitzetagen mit mehr als 30 Grad passieren im Bau- und im Transportgewerbe 7 Prozent mehr Unfälle. Als Grund vermuten die Forscher Konzentrationsmangel und Übermüdung.

Für die Unia ist klar: Die Gesundheit der Arbeiter ist wichtiger als das Einhalten von Terminen. François Clément zählt die Forderungen auf:

«Erstens: Wasser und Sonnencrème, bezahlt von der Firma, den ganzen Sommer durch. Zweitens: Ab 30 Grad alle zwei Stunden eine Pause am Schatten. Drittens: Ab 35 Grad die Arbeit einstellen.» Dazu brauche es einen Fonds, der für Lohnausfälle aufkomme - so wie dies im Kanton Waadt bereits heute der Fall ist (siehe Text unten).

«WIE EIN ROBOTER»

Auch der Bauarbeiter Eric Ducrey ist sich der Gefahr eines Hitzschlags bewusst. Er bedient einen Brecher eine gigantische Maschine, die altes Baumaterial zerkleinert und zu neuem verarbeitet. Er erzählt von einem heissen Nachmittag diesen Somtur von 43 Grad.» Laut Clément war mer: Um 15 Uhr habe er Anpassungen an der Maschine vornehmen müssen, und dabei aufs Thermometer geschaut. «Es zeigte 70 Grad an. Da rief ich den Chef an und sagte, ich gehe jetzt nach Hause.» Der akzeptierte das. «Zwei- oder dreimal» musste er so diesen Sommer die Notbremse ziehen, sagt der 43jährige Ducrey. Auch Gärtner Simon Steinmann ging einmal wegen der Hitze früher heim. Er sagt: «Da muss man auf den Körper hören.»

Aber Steinmann wie Ducrey kritisieren: Wenn sie wegen der Hitze

wegen der Hitze auch schon nach Hause gehen?

Schreiben oder mailen Sie uns **Ihre Meinung zu diesem Thema!** Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

nicht arbeiten könnten, gehe das auf ihre Kosten. Denn die verpassten Stunden würden ihnen von den Überstunden abgezogen. Steinmann sagt: «Es kann nicht sein, dass wir die Leidtragenden sind, nur weil wir auf unsere Gesundheit achten.»

Beide sagen auch: Bei den Chefs herrsche wenig Verständnis dafür, dass es bei grosser Hitze etwas langsamer vorwärtsgehe. Im Gegenteil. Ducrey sagt: «Im Sommer muss oft ein Projekt noch vor den Ferien fertig werden. Da ist der Zeitdruck noch grösser als sonst schon.» Steinmann erinnert sich: «Früher sagte ein Chef auch mal: So Jungs, wir machen für heute Schluss. Heute müssen wir als Arbeiter wie ein Roboter funktionieren.»

Baustop bei Hitze: Zwei Beispiele, die funktionieren

Im Kanton Waadt war die Bauwirtschaft gut auf die Hitzewellen dieses Sommers vorbereitet: Firmen konnten die Arbeit um 13 Uhr einstellen, bevor die Temperatur unerträglich wurde. Für die finanziellen Einbussen sprang ein Schlechtwetterfonds ein, in den die Sozialpartner und der Kanton einzahlen.

Das Pilotprojekt startete vor zwei Iahren und war ursprünglich für den Winter gedacht: Zusammen mit Meteo Schweiz haben die Unia und der kantonale Baumeisterverband genaue Kriterien festge-

Schliesst die Baustelle wegen Hitze, bezahlt ein Fonds den vollen Lohn.

legt. Sobald Meteo Schweiz das Schlechtwetter bestätigt, wird die Arbeit auf allen Baustellen in der betroffenen Region eingestellt, und der Fonds kommt für die Lohnausfälle auf. Diesen Sommer beschlossen die Sozialpartner erstmals, den Fonds auch bei Hitze zu aktivieren.

VORBILD. Im Gegensatz zur Schlechtwetterentschädigung der Arbeitslosenkasse zahlt der Waadtländer Fonds die vollen Löhne der Arbeiter, und zwar ohne Karenztage. Für Unia-Mann François Clément entscheidend: «So ent-



HITZEFREI: Unia fordert eine schweizweite Regelung.

stehen den Arbeitgebern keine Kosten. Deshalb machen sie mit.» Er fordert: Eine

solche Lösung sollte für die ganze Schweiz gelten.

Ein anderes Modell hat Österreich: Wenn die Temperatur 32,5 Grad übersteigt, können Firmen den Arbeitern freigeben. Laut der Gewerkschaft GBH haben alleine diesen Juni fast 16000 Bauarbeiter hitzefrei bekommen. Aus Büezersicht allerdings nicht optimal ist die Entschädigung geregelt. Ein Fonds bezahlt lediglich 60 Prozent der ausgefallenen Löhne. (che)

Vögele Shoes: **80 Jobs** weg

UZNACH SG. Der Schuhhändler Karl Vögele AG mit den Marken Vögele Shoes, Bingo und Max Shoes verlagert die Logistik nach Polen. Am Hauptsitz in Uznach sollen 60 bis 80 Stellen gestrichen werden. Das **Schweizer Traditionsunterneh**men (gegründet 1960) gehört seit einem Jahr mehrheitlich der polnischen Handelsgruppe **CCC** des Multimillionärs Dariusz Milek, genannt «Schuhkönig». Seit der Übernahme wurden bereits 18 der 208 Vögele-Läden geschlossen.

Urteil: Uber ist Arbeitgeber

LUZERN. Die Suva sagt es seit drei Jahren: Uber-Fahrer sind Angestellte, der Dumping-Taxidienst muss Beiträge an die Sozialversicherungen zahlen. Doch Uber erhob Einsprache und bekam letztes Jahr teilweise recht. Der Fehler der Suva: Sie hatte Uber Schweiz als Arbeitgeber bezeichnet. Jetzt stellt die Suva richtig, dass der Arbeitgeber die Firma Uber B. V. in den Niederlanden sei. Auch dagegen kann Uber wieder Einsprache erheben. Und inzwischen weiter abkassieren. Laut einer Unia-Schätzung hat Uber bis heute seinen Mitarbeitenden und den Sozialversicherungen über 100 Millionen Franken vorenthalten.

Presserat gibt der **Unia recht**

BERN. Der Artikel sei «verwirrend» und «führt das Publikum in die Irre»: Mit diesen klaren Worten heisst der Presserat eine Beschwerde der Unia grösstenteils gut. Es geht um einen Artikel vom Mai 2018 in den Zeitungen «La Côte» und «Arcinfo». Darin wurde über angebliche Konflikte und ein schlechtes Arbeitsklima bei der Unia Neuenburg berichtet. Der Presserat rügt jetzt, die Zeitungen hätten gegen die Pflicht zur Wahrheitsfindung verstossen.

«Titanic»-Werft geht unter

BELFAST (GB). Sie baute einst die berühmte «Titanic» und beschäftigte zu ihrer Blütezeit 35 000 Arbeiter: die Schiffswerft Harland & Wolff im nordirischen Belfast. Jetzt, nach 158 Jahren, steht sie vor dem Ende. Am 5. August musste die Werft Insolvenz anmelden. Die Eigentümerin, eine norwegische Öl-



PROTEST: Werft-Mitarbeitende wollen Verstaatlichung.

bohrfirma, ist selber seit Juni insolvent und suchte für Harland & Wolff einen Käufer – ohne Erfolg. Die noch verbleibenden 130 Arbeiter erhielten die Kündigung. Zuvor hatten diese das Firmengelände besetzt und verlangt, dass der Betrieb verstaatlicht werde. Doch die Regierung von Boris Johnson wollte davon nichts wissen.

Steuerwettbewerb

Endlich faire Konzernsteuern

Was die Banken dank dem Bankgeheimnis auf individueller Ebene machten, macht die Schweiz auf institutioneller. Beide Geschäftsmodelle liegen im Sterben.

CLEMENS STUDER

Die Eidgenössische Steuerverwaltung darf den französischen Kolleginnen und Kollegen Namen und zusätzliche Informationen zu rund 40 000 UBS-Konten liefern. Auf diesen Konten liegen grösstenteils wohl unversteuerte Vermögen von 11 Milliarden Franken. Die Anfrage ging im Mai 2016 ein und wurde von der UBS bis vor Bundesgericht bekämpft. Ohne Erfolg. Am 26. Juli 2019 genehmigte das Bundesgericht nun die Datenlieferung. Den Ausschlag gegeben hat ein SVP-Bundesrichter. Weil Spekulanten und Banker damit nicht rechneten, wurde bereits vor dem Votum des letzten Bundesrichters gefeiert, und der UBS-Aktienkurs legte zu, um dann nach dem Votum des SVP-Richters wieder zu tauchen. Nebenwirkung des Urteils: Die SVP zeigt, was sie von der Gewaltenteilung hält, und droht ihrem Parteikollegen mit der Abwahl.

RÜCKZUGSGEFECHTE. Die Anfrage der Franzosen wird nicht die letzte sogenannte Gruppenabfrage bleiben. Einige Länder haben schon solche eingereicht, unterdessen auch Italien, wie dieser Tage bekannt wurde. In Paris wurde die UBS wegen Schwarzgeldgeschäften zu einer Milliardenbusse verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die UBS wehrt sich dagegen. Es sind Rückzugsgefechte, die sich die UBS hier leistet. Es geht um jene noch nicht so weit zurückliegenden Zeiten, als der Schweizer Finanzplatz unter anderem mit der schlaumeierischen Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug gezielt in gros-



ABGEBLITZT: Die Bank UBS muss Kontodaten rausrücken.

sem Masse und teilweise mit erheblicher krimineller Energie anderen Ländern Steuereinnahmen vorenthielt. Mit dem automatischen Informationsaustausch, der mit immer mehr Ländern gilt, hat sich dieses Geschäftsmodell zu einem grossen Teil erledigt.

OECD MACHT DRUCK. Was die Banken individuell betrieben, betreibt die Schweiz nach wie vor institutionell: möglichst viel Steuersubstrat aus anderen Ländern abzügeln. Der sogenannte internationale Steuerwettbewerb führt dazu, dass Konzerne faktisch selber bestimmen, wie viel Steuern sie bezahlen wollen, weil sie ihre Gewinne dort ausweisen können, wo sie am wenigsten davon an die Allgemeinheit

Neue Steuerregelungen für Multis.

abgeben müssen. Mit dem revidierten Steuergesetz sind in der Schweiz zwar einige Privilegien weggefallen,

allerdings auch neue sogenannte Instrumente eingeführt worden, die den gleichen Zweck erfüllen. Wie lange diese Bestand haben werden, ist unklar.

Die in der G20 zusammengeschlossenen wichtigsten Industrie- und Schwellenländer haben die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) beauftragt, neue Steuerregeln für multinationale Konzerne zu entwickeln. Unterdessen ist klar, wohin die Reise gehen soll: Die Multis sollen vermehrt dort ihre Gewinne versteuern, wo sie diese effektiv erzielen, und nicht mehr nur dort, wo sie ihren Hauptsitz haben. Und: für Multis soll ein weltweiter Mindeststeuersatz gelten. Bereits im Januar 2020 wollen sich die G-20-Staaten auf Eckwerte einigen. Es geht schnell - so lange wie beim Bankgeheimnis wird sich die Schweiz nicht durchmauscheln können. Neuer Fall einer antigewerkschaftlichen Kündigung

Ist Unia-Mann Mickael Béday das letzte Opfer der Brutalo-Chefs?



Eine Schande: Die Schweiz stand wegen antigewerkschaftlicher Kündigungen auf der schwarzen Liste der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Das jüngste Opfer ist ein Uhrmacher aus dem Jura.

RALPH HUG

Mickael Béday (28) wollte eine Betriebskommission auf die Beine stellen. Und in der Uhrenfirma Dubois Dépraz SA im Vallée de Joux dafür sorgen, dass der Gesamtarbeitsvertrag auch bei Überstunden korrekt angewendet wird. Aber das missfiel der Direktion. Am 24. Juni entliess sie den Gewerkschafter aus fadenscheinigen Gründen.

Für Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB), ein klarer Fall von antigewerkschaftlicher Kündigung: «Niemand darf entlassen werden, bloss weil er seine Rechte als Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer wahrnimmt», kritsierte er Anfang Juli an einer Solidaritätskundgebung. Rund hundert Protestierende verlangten die Wiedereinstellung von Mickael Béday. Die Unia hat inzwischen eine Petition lanciert.

WENDE IN SICHT

Der Fall Béday ist der jüngste in einer langen Geschichte (siehe Box). Denn die Schweiz schützt Arbeitnehmende nur höchst ungenügend vor missbräuchlicher Kündigung. Das ist der Grund, weshalb sie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) im Mai auf eine schwarze Liste gesetzt hat. Mit dem fehlenden Schutz verstösst die Schweiz gegen die

ILO-Konvention Nr.98, die sie selber unterschrieben hat. Die Konvention schreibt den Staaten die Wahrung der Arbeitnehmerrechte vor. Seit 2004 prangert der SGB diesen Missstand an. Sogar mit einer Beschwerde bei der ILO. Passiert ist aber nicht viel. Die Arbeitgeberverbände blockten bisher alle Verbesserungen ab.

Jetzt ist aber eine Wende in Sicht. Die Schande der schwarzen Liste hat dem Bundesrat offenbar Beine gemacht.

Wirtschaftsmi-

nister Parmelin

(SVP) hat einer

Mediation zu-

gestimmt: Bin-

nen Jahresfrist

sollen die Sozi-

«Der fehlende Schutz hat schon viele Karrieren und Leben zerstört.»

LUCA CIRIGLIANO, SGB alpartner eine

Lösung schlagen. Und weil die Schweiz der Mediation zugestimmt hat, ist sie nun nicht mehr auf der schwarzen Liste.

Die ILO verlangt als Standard, dass Arbeitgeber bei missbräuchlichen Kündigungen härter bestraft und die Opfer unter Umständen sogar wieder eingestellt werden. Luca Cirigliano vom Gewerkschaftsbund sagt: «Die Kursänderung von Bundesrat Parmelin ist erfreulich.» Der Arbeitgeberverband ist unter 🔝 ler 2013 am Werk: Jean-Luc Nordmann Druck. Er wird kaum noch länger mau- vermittelte im festgefahrenen Streit um ern können.

Wenn ein Chef unliebsame Angestellte feuert, muss er vor Gericht mit bloss zwei bis drei Monatslöhnen Entschädigung rechnen. Maximal möglich wären sechs, was aber nie vorkommt. Das ist viel zu wenig, um wirklich abzuschrecken. Mindestens zwölf Monate müssten es gemäss Erfahrungen aus anderen Ländern sein. Im schlechtesten Fall erkennen heute die Gerichte nicht einmal einen Missbrauch an. Ihren Job aber sind die Opfer auf jeden Fall los. «Der fehlende Schutz hat schon viele Berufskarrieren und Leben zerstört», sagt SGB-Mann Cirigliano.

DAS HANDWERK LEGEN

Mehr Schutz brauchen vor allem gewerkschaftliche Vertrauensleute und Mitglieder von paritätischen Pensionskassen- oder auch von Personal- und Betriebskommissionen. Der Fall Béday zeigt's einmal mehr: Für die Gewerkschaften wäre die Arbeit wesentlich leichter, wenn ihre Leute in den Betrieben nicht ständig in der Angst vor dem blauen Brief leben müssten. Und solchen Chefs, die ihre Untergebenen mundtot machen wollen, würde eher das Handwerk gelegt.

Was bei der Mediation herausschaut, ist offen. Auf jeden Fall bleibt den Gewerkschaften der Gang an den Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg offen.

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Schweiz dort eine Rüge kassierte. Letztmals war ein staatlich bestellter Vermitteinen neuen Gesamtarbeitsvertrag in der Maschinenindustrie. Das Vorgehen mit einer Schlichtung passt gut zur ILO: Die Uno-Organisation setzt keine Blauhelme in Marsch, sondern strebt stets eine gütliche Einigung der Sozialpartner an. Die ILO nimmt an der Mediation beratend teil.

GEWERKSCHAFTERN

HÄSSLICHE TRADITION

Immer wieder setzen Firmen gewerkschaftlich aktive Mitarbeitende vor die Tür. Die bekanntesten Fälle sind Daniel Suter, Marisa Pralong und Ernst Gabathuler. Sie verloren wegen ihres Einsatzes für die Kolleginnen und Kollegen bei Tamedia, Manor und bei der Maschinenbaufirma Benninger den Job. Nicht einmal das Amt als gewählte Arbeitnehmervertreter schützte sie vor dem Rausschmiss.

FRECHHEIT. Jüngere Fälle derartiger Kündigungen betreffen die US-Fastfoodkette Domino's Pizza und das Spital La Providence in Neuenburg, das Streikende 2013 kurzerhand entliess. Im Jahr 2014 setzte ein Westschweizer Pflegeheim eine Angestellte auf die Strasse, weil sie sich für die Bezahlung von Überstunden eingesetzt hatte. Wie jetzt Mickael Béday in seiner Uhrenfirma im Jura (siehe Text links).







ENTLASSEN! Gewerkschafter Suter, Pralong, Gabathuler (2009, v.o.)

Einklemmschutz funktionierte nicht: Tragischer Tod von Zugführer Bruno R. Der SEV will umfassende Sicherheitskontrolle

Die Bähnlergewerkschaft SEV machte bei den SBB Druck für eine schnellere Überprüfung der Zugtüren-Sicherheit.

RALPH HUG

Was war verantwortlich für den tödlichen Unfall des Zugbegleiters Bruno R. (54)? Klar ist bis jetzt nur: Die Türe schloss und klemmte den Arm des Zugführers ein. Dieser konnte nicht mehr einsteigen und wurde vom Zug mitgeschleift. Der Einklemmschutz, der genau solche Unfälle verhindern soll, hat



UNGENÜGEND: Einklemmschutz bei Zugtüren.

nicht funktioniert. Eine Untersuchung der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle läuft. SBB-Mitarbeitende, aber auch Reisende kennen den Mangel. Laut offizieller SBB-Statistik sind seit 2014 insgesamt 86 Fahrgäste und seit 2016 zehn Zugbegleiter eingeklemmt und teilweise verletzt worden.

KEIN RISIKO. Bruno R.s tragischer Tod hat die Bähnlerinnen und Bähnler tief getroffen. Vor einer Woche stand punkt 13 Uhr im Zürcher Hauptbahnhof alles still. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen des Verunfallten hielten eine Gedenkminute mit Trillerpreifen und Zughörnern ab. Ein deutliches Signal für mehr Sicherheit.

Gleichzeitig macht die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV Druck. Vizepräsident Manuel Avallone forderte, dass sämtliche 493 Wagen des fraglichen Zugtyps mit fast zweitausend Türen aus dem Betrieb genommen und durchgecheckt werden. Man dürfe kein Risiko eingehen.

Die SBB will die Sache mit Sonderkontrollen an allen Türen des Typs Einheitswagen IV bis in sieben Wochen erledigen. Die vorüber-

gehende Stilllegung der Wagen lehnt sie jedoch aus betrieblichen Gründen als «unmöglich» ab. Dies, obwohl inzwischen fünf weitere Wagen mit einem defekten Einklemmschutz sowie ein versteckter Systemmangel entdeckt wurden.

Avallone sagte zu work, die SBB hätten dem SEV zugesichert, sämtliche Türkontrollen schon bis Ende nächster Woche über die Bühne gebracht zu haben. Auch werde künftig der Zugbegleiter im Zug sein, um grünes Licht zur Abfahrt zu geben.



Gewalt und Quälerei: Nach der Bankenblockade vom 8. Juli erheben Klima-Aktivistinnen schwere Vorwürfe gegen die Zürcher Polizei

«Man will uns einschüchtern»

Aus Protest gegen die klimaschädigenden Investitionen der Credit Suisse blockierten Primarlehrerin Bea Keller* (26) und Geographiestudentin Monique Schumacher* (25) den Eingang der Grossbank am Zürcher Paradeplatz. Was dann passierte, hätten die beiden Aktivistinnen nie für möglich gehalten.

JONAS KOMPOSCH

work: Bea Keller, wie blockiert man eigentlich eine Bank?

Keller: Frühmorgens mit Stahlkette, Veloschlössern und einer Handvoll motivierter Leute! Natürlich braucht es auch eine seriöse Vorbereitung.

Trotzdem wurden Sie schnell geräumt. Schumacher: Die Credit Suisse hat sofort und diskussionslos die Polizei gerufen. Nicht weniger als 150 Beamte wurden herangekarrt. Das war eine einzige Machtdemonstration der Polizei, ein Einschüchterungsversuch! Die wussten ja, dass viele von uns eine solche Aktion zum ersten Mal machten.

Es wurde aber berichtet, die Leute von der Bankenblockade seien viel fanatischer als die Klimajugend und von extremen Gruppen instrumentalisiert worden.

Keller: Das ist wirklich absurd. Wir waren von Beginn an Teil der Klimastreik-Bewegung und haben die Entscheidung zur Blockade selbst und bewusst getroffen. Die Klimabewegung hat zuvor schon oft versucht, mit den Grossbanken ins Gespräch zu kommen. Zum Beispiel haben einige von uns extra Aktien der Credit Suisse gekauft, um an der Generalversammlung vorsprechen zu können. Doch als sie dort das Wort ergriffen und die Bank für ihre klimaschädliche Investitionspolitik kritisiert haben, wurden sie aus dem Saal geschmissen. Schumacher: Ausserdem lautet unser Aktionskonsens immer: «Keine Gewalt und kein Sachschaden». Darauf legen wir höchsten Wert.

Die Polizei war also auf Einschüchterung aus?

Keller: In ihren schwarzen Kampfmonturen sahen die Polizisten extrem bedrohlich aus. Und wie die uns anschauten! Als ob sie zu allem bereit wären. Während der Räumung war ich sehr angespannt. Besonders

«Mehrere Polizisten drückten mich zu Boden.»

unsere Sanitäterin
brutal verhafteten.
Dabei war sie gar
nicht Teil der Blockade und war mit
einer Leuchtweste
klar als Rettungs

dann, als sie sogar

kraft erkenntlich. In diesem Moment habe ich Angst bekommen. Wir wussten nicht, was noch passieren würde. Besonders verstörte mich das, weil ich bisher immer gut mit der Polizei zurechtkam und wir bei den Klimastreiks stets vernünftig miteinander reden konnten.

Die Stadtpolizei Zürich sagt, sie habe «verhältnismässig» gehandelt.

Schumacher: Was soll das schon heissen? Zuerst haben die ja nicht einmal kapiert, dass wir uns angekettet hatten. Sie mussten dann extra Werkzeug holen gehen. Alles Mögliche an Gerät haben die angeschleppt, wussten aber nicht, wie damit umzugehen ist. Zuerst versuchten sie, uns mit einem elektronischen Eisenschneider loszukriegen. Sie scheiterten an der Stahlkette. Dabei hätten sie bloss das Schloss knacken müssen. Mit einem Bolzenschneider schafft das jedes Kind. Die Polizei hat dann aber ausgerechnet eine Trennscheibe geholt und die Kette zersägt. Es war total gefährlich. Funken verbrannten meine Beine, und auch meine Augen waren in Gefahr. Es hätte leicht zu schweren Verletzungen kommen können.

Gab es denn keine Schutzkleider?

Keller: Für die Polizei schon, die hatte Schutzbrillen. Als ich das sah, bat ich darum, auch geschützt zu werden. Das ging offenbar zu weit. Mehrere Polizisten drückten mich zu Boden und knieten auf mich. Einer hat mir sogar die Nase zugehalten und mir seine Finger in den Mund gesteckt.

Nach der Räumung wurdet ihr von der Kantonspolizei in Untersuchungshaft genommen. Was ist dort passiert?

Schumacher: Zuerst wurden wir fotografiert und biometrisch erfasst. Ich musste hierfür an eine Wand stehen. Ein Polizist liess dann einen metallenen Massstab auf meinen Kopf fallen. Mir wurde schwarz vor Augen, und ich brach zusammen. Aber anstatt mir aufzuhelfen, sind die Polizisten auf mir rumgetrampelt. Einer riss mir den

Mund auf und hat mir mit einem Stäbchen eine DNA-Probe abgenommen.

Haben Sie diese Polizisten nach ihrem Namen gefragt?

Keller: Mehrmals. Doch die Beamten antworteten bloss mit «Michael Jackson» oder «Bruce Willis». Dann musste ich eine Leibesvisitation über mich ergehen lassen. Es herrschten ein Riesenchaos und Platzmangel. Deshalb musste ich in eine Besenkammer und mich dort nackt ausziehen. Die Tür stand zu dieser Zeit immer offen, und von draussen guckten männliche Beamte hinein. Ziemlich grob hat mir dann eine Polizistin in jede Körperöffnung geschaut.

Wozu das denn?

Keller: Das habe ich die Polizei auch gefragt. Wir sind doch keine Schwerverbrecherinnen! Doch als Antwort haben sie mich einfach in den «Scharfen» gesteckt. Das ist ein fensterloses und besonders stinkendes Kellerloch. Dort sass ich dann in Einzelhaft. Irgendwann holten sie mich wieder raus und sagten mir, das sei eine «erzieherische Massnahme» gewesen, denn ich sei ein «schwieriger Fall».

Am Montag waren euer Verhör und die Datenerfassung bereits beendet. Warum wurdet ihr erst am Mittwoch aus der Haft entlassen?

Schumacher: Aus reiner Schikane.

Inwiefern?

Keller: Wir haben unsere Aussagen ja gemacht, es gab keinen Grund mehr, uns länger festzuhalten. Doch die Plagerei ging weiter. Zum Beispiel bekamen wir das Mittagessen einmal bereits am Morgen um halb elf, das Znacht gab's dann aber bereits am Nachmittag um vier.

Werden solche Polizeiaktionen die Klimabewegung einschüchtern können?

Schumacher: Natürlich macht einem eine solche Behandlung schon zu schaffen. Wir alle erhielten Strafbefehle wegen Nötigung und je 800 Franken Verfahrenskosten. Doch solange wir zusammenstehen und solidarisch sind, macht es uns nur stärker. In meinem Umfeld haben viele gesagt: «Nächstes Mal sind auch wir dabei!»

Keller: Ich glaube, die Strategie der Polizei geht nicht auf. Ich gebe ein Beispiel: Als wir im Untersuchungsgefängnis sassen, hörten wir von draussen plötzlich Trommeln, Rufe und Parolen. Eine Unterstützungsaktion unserer Freundinnen und Freunde aus der Klimabewegung. Das war grossartig! Da war es plötzlich wieder. Dieses Gefühl von Gemeinschaft und Solidarität. Heute habe ich eine noch engere Verbundenheit mit meinen Leuten. Wir sind stärker geworden!

Die ungekürzte Fassung des Interviews gibt es auf www workzeitung ch

Eine Liste sämtlicher Vorfälle während der Räumung und der folgenden Haft gibt es hier www.rebrand.ly/Polizeigewalt

Klimabewegung plant Riesenstreik

Vor genau einem Jahr trat eine 15jährige Schwedin erstmals und ganz allein in ihren «Skolstrejk för klimatet» – den Schulstreik für das Klima. Heute ist Greta Thunberg 16jährig, und es lehnen sich Millionen auf – weltweit. Und längst ist die Bewegung nicht mehr bloss eine von Jugendlichen. Lehrpersonen, Architektinnen, Bauern – immer mehr Berufsgruppen unterstützen die Freitags-Streiks. Die Gruppe «Scientists for Future» etwa vereint unterdessen allein in Deutschland, Österreich und der Schweiz 26 800 Forschende.

KLIMA-SEPTEMBER. Diesem Aufwind konnten auch die immer gehässigeren Verleumdungen von rechten Klimaleugnenden nichts anhaben. Ebenso wenig die Sommerferien. Das hat der Lausanner Klimastreik-Kongress vom 5. bis 9. August gezeigt. Dort vernetzten sich 450 Schülerinnen und Schüler aus 38 Ländern, um zu koordinierten Aktionen auszuholen. Mit welchem Erfolg, wird sich spätestens am 20. September zeigen. Auf dann ist nämlich ein globaler Klimastreik angekündigt, dem ein schweizweiter Streik am 27. September und eine Grossdemo in Bern tags darauf folgen. (jok)

^{*} Namen geändert.

LGBTI passen nicht ins konservative Geschlechterbild:

Wer sich outet, riskiert den Job

Die Gleichstellungswüste Schweiz macht es LGBTI-Menschen besonders schwer – und verletzt damit grundlegende Rechte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) macht jetzt Druck.

PATRICIA D'INCAU

Diese Zahl ist vernichtend: Zu nur gerade 31 Prozent werden in der Schweiz die Menschenrechte eingehalten, wenn es um die Gleichstellung von LGBTI-Menschen geht. Das

Die Gleichstellung von LGBTI soll in den Gesamtarbeitsverträgen verankert werden.

zeigt das diesjährige «Rainbow Ranking», ein Bericht zur rechtlichen Situation von LGBTI in Europa.

LGBTI steht für: lesbisch, schwul, bisexuell, trans und inter.

Also Menschen, die nicht dem althergebrachten Mann-Frau-Bild entsprechen. Das heisst: entweder homo- oder bisexuell sind. Sich nicht mit demjenigen Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde. Oder weder als Meitli noch als Bub auf die Welt gekommen sind.

GEMOBBT UND GEKÜNDIGT

Die fehlenden Rechte spüren LGBTI-Menschen vor allem auch im Job. Reto Wyss ist beim SGB für das Thema zuständig und sagt: «Mitarbeitende, die sich outen, erleben am Arbeitsplatz oft Mobbing, in manchen Fällen wird ihnen sogar gekündigt.»

Selbst in der Gleichstellungswüste Schweiz dürfte es solche Fälle eigentlich nicht geben. Das Gleichstellungsgesetz (GlG) verbietet diskriminierende Kündigungen. Doch weil LGBTI dort nicht explizit erwähnt sind, entschied das



Bundesgericht jüngst anders: Ein schwuler Armeeangestellter hatte geklagt, dass sein Arbeitsvertrag nicht verlängert werde, weil er homosexuell sei. Das Bundesgericht wies diese Beschwerde ab. Mit der Begründung, dass sich Homosexuelle nicht auf das Gleichstellungsgesetz berufen könnten. Für SGB-Mann Wyss ist klar: «Damit werden eben jene Menschen vom Gesetz ausgeschlossen, für die der Schutz besonders wichtig wäre.»

Der SGB fordert nun politische Schritte. Auch ausserhalb der Arbeitswelt. Etwa bei der «Ehe für alle» und einem umfassenden Diskriminierungsschutz. Denn: Die Schweiz ist eines der einzigen Länder Mitteleuropas, in denen LGBTI-Personen nicht rechtlich vor Diskriminierung geschützt sind. Das Parlament hat zwar jüngst eine Revision des Strafgesetzbuches gutgeheissen. Weil die rechten Parteien EDU und Junge SVP das Referendum ergriffen haben, kommt die Revision im Februar 2020 zur Abstimmung. SGB-Mann Wyss sagt: «Diskriminierung findet dort statt, wo die Leute ihre Zeit verbringen. Allzu oft auch am Arbeitsplatz. Für uns ist diese Abstimmung deshalb zentral.»

ERSTE ERFOLGE

Auch auf betrieblicher Ebene machen die Gewerkschaften vorwärts. Erklärtes Ziel: die Gleichstellung von LGBTI in den Gesamtarbeitsverträgen (GAV) zu verankern. Passiert ist das etwa schon bei der Swisscom, den SBB und in der Metallverarbeitungsbranche. Homosexuelle Paare erhalten dadurch dieselben Rechte wie heterosexuelle. Zum Beispiel: bei bezahlten Urlaubstagen im Krankheits- oder Todesfall, bei Abwesenheiten aus familiären Gründen und bei Pensionskassenzahlungen. Insbesondere für Transpersonen fordert die Unia ausserdem einen verstärkten Kündigungsschutz. Da gerade für sie nach einem Coming-out die Gefahr steigt, den Job zu verlieren.



STARKER TOBAK: Nur wenige Wochen nach dem epochalen Frauenstreik will der Bundesrat die Frauen länger arbeiten lassen. FOTO: KEYSTONE

Bundesrätliche AHV-Pläne machen Frauen hässig

Höheres Rentenalter? Ohne uns!

Der Bundesrat will die Frauen ein Jahr länger arbeiten lassen. Die machen klar: Nicht mit uns!

PATRICIA D'INCAU

Da kam er schon wieder auf, der Geist des Frauenstreiks: Als SP-Bundesrat und AHV-Minister Alain Berset am 1. August in Yverdonles-Bains zu seiner Rede ansetzte, kam es im Publikum zum stillen Protest. Der Grund: Im Juli hatte der Bundesrat seine neuesten AHV-Pläne präsentiert. Und die Frauen damit so richtig hässig gemacht.

Denn im Zentrum der Reform steht die Erhöhung des Frauenrentenalters. Statt heute bis 64 sollen Frauen künftig bis 65 arbeiten – und damit einen Grossteil der AHV-Sanierung schultern (siehe Kasten).

Eine «Ohrfeige für alle Frauen», finden das die Mitglieder des Basler Streikkomitees. «Eine Frechheit!» sagen die Zürcherinnen. Und für die Westschweizerinnen ist klar: «On se moque de nous!», sinngemäss: Wir werden verarscht. Denn: Nicht einmal drei Wochen lagen zwischen dem mächtigen Frauenstreik vom 14. Juni und der bundesrätlichen Pressekonferenz.

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN

Der Plan des Bundesrates ist da nicht nur ein riesiger Affront. Sondern auch: alter Wein in neuen Schläuchen. Denn schon zweimal haben Regierung und Parlament in den letzten Jahren versucht, das Frauenrentenalter zu erhöhen. Zweimal sagte das Volk Nein. Zuletzt 2017, bei der Abstimmung um die Altersvorsorge 2020.

Damit es dieses Mal klappt, lockt der Bundesrat die Frauen mit kleinen Zückerli:

«Das ist eine Ohrfeige für die Frauen.»

BASLER STREIKKOMITEES

Einerseits sollen trotz Reform noch neun Jahrgänge mit 64 in Rente gehen können, zu einem reduzierten Kürzungssatz. Bei jenen Frauen, die weniger ver-

dienen als 56400 Franken pro Jahr, soll gar nichts gekürzt werden.

Andererseits sollen Frauen mit tiefen bis mittleren Einkommen etwas mehr AHV-Rente erhalten, wenn sie sich mit 65 oder später pensionieren lassen.

Doch die Frauen wissen: Das rechnet sich nicht. Schliesslich war das tiefere Rentenalter bislang eine kleine Kompensation dafür, dass Frauen ihr Leben lang weniger verdienen als Männer.

Und das gilt auch heute noch. Denn: Nach wie vor bekommen Frauen rund 20 Prozent weniger Lohn als Männer und übernehmen den Grossteil der unbezahlten Care- und Hausarbeit. Dadurch haben Frauen gigantische 100 Milliarden Franken weniger an Einkommen als Männer. Pro Jahr! Obwohl sie

SGB-Vorschlag: Mehrwertsteuer statt Rentenalter

2,8 Milliarden Franken sind laut dem Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) nötig, um die AHV für die kommenden zehn Jahre zu «stabilisieren». Ein Teil davon soll über die Mehrwertsteuer eingenommen werden. Geplant ist eine Erhöhung um 0,7 Prozentpunkte. Den Rest der Sanierungskosten sollen die Frauen tragen.

0,2 PROZENTPUNKTE. Da machen die Gewerkschaften nicht mit. Zumal die Erhöhung des Frauenrentenalters gar nicht nötig ist. Der SGB rechnet vor: Würde der Bundesrat die Mehrwertsteuersatz auf 0,9 statt 0,7 Prozentpunkte erhöhen, wäre die AHV gewährleistet – ganz ohne die Rentensituation der Frauen zu verschlechtern. (pdi)

Zum BVG-Erfolg der Gewerkschaften siehe Seite 7.

gleich viele Stunden arbeiten. Angesichts dieser krassen Unterschiede ist die Rentenaltererhöhung ein rotes Tuch. Und sicher scheint schon jetzt: Kommt sie auch im Parlament durch, wehren sich die Frauen. Auf Facebook machte auch die Berner Frauenstreikkoordination jüngst klar: «Wir bleiben dabei: Zeit, Geld und Respekt. Mit weniger lassen wir uns nicht abspeisen.»

Legendäre Buntmetallfirma in Reconvilier im Berner Jura bleibt bestehen 160 Jobs bei Swissmetal gerettet

Monatelang mussten die Büezer von Swissmetal zittern. Jetzt ist endlich klar: Sie können ihre Jobs behalten.

RALPH HUG

Eine neue Trägerschaft namens Swissmetal Industries SA hat den Betrieb übernommen. Dahinter steht der Unternehmer André Rezzonico mit seiner Firma Lemco Précision SA. Rezzonico fertigt in Monthey und Vionnaz VS Präzisionsdrehteile und ist ein Hauptkunde von Swissmetal. Er hat die Buntmetallfirma mit

Der neue Besitzer will den GAV respektieren.

Standorten in Reconvilier im Berner Jura und in Dornach SO zusammen mit einem pensionierten Banker gekauft. Besitzer war bis anhin der chinesische Baoshida-Konzern. Der neue Verwaltungsratspräsident Xingjun Shang entpuppte sich jedoch als

Betrüger: Er verpfändete vor drei Jahren die Gebäulichkeiten in Reconvilier illegal und trieb das Unternehmen damit in die Verschuldung. Der Chinese wurde im Mai zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Der Fortbestand von Swissmetal hing plötzlich von einer kreditgebenden Bank in China ab. Diese hat nun in eine Nachfolgelösung mit Investor Rezzonico eingewilligt.

OFFENE FRAGEN. Gegenüber den beiden Betriebskommissionen hat André Rezzonico versichert, er wolle alle Arbeitsplätze erhalten. Auch will er den Gesamtarbeitsvertrag der Maschinenindustrie respektieren, so dass es für die Mitarbeitenden zu keinen Verschlechterungen kommt. Manuel Wyss, Industrieverantwortlicher bei der Unia, sagt: «Damit sind unsere beiden gewerkschaftlichen Hauptforderungen er-

Allerdings bleiben Fragen offen. So scheint die Schliessung des Standorts Dornach in einigen



ES ROLLT WEITER: Swissmetal-Büezer in Reconvilier. FOTO: KEYSTONE

Jahren bereits programmiert. Und Swissmetal braucht Investitionen in den teils veralteten Maschinenpark.

Der Unia-Sekretär vor Ort, Patrick Cerf, hat mit dem neuen Besitzer konferiert. Er schätzt ihn als seriösen Unternehmer mit einer industriellen Strategie ein. Er sei guten Willens, und man könne mit ihm reden. Cerf sagt: «Ich bin optimistisch, aber wir müssen wegen der vielen Probleme auch wachsam bleiben.» Der Name Swissmetal ist legendär: In Reconvilier haben die Büezer in den Jahren 2004 und 2006 insgesamt 38 Tage lang gestreikt und damit Geschichte geschrieben. Sie wehrten sich jahrelang gegen die Zerstörung ihres Betriebs, genannt «La Boillat», durch internationale Finanzhaie. Die Giesserei schrumpfte im Verlauf des neunjährigen Kampfes um die Hälfte, blieb aber dennoch bestehen, bis sie 2013 der chinesische Konzern Baoshida übernahm.

Kompromiss der Sozialpartner in der beruflichen Vorsorge:

Bessere Renten für Frauen mit Teilzeitarbeit in Sicht



NICHT NUR GARNITUR: Der BVG-Kompromiss sichert die Renten für untere und mittlere Einkommen und für die Frauen. FOTO: KEYSTONE

Der grosse Frauenstreik vom 14. Juni hat Folgen. Der neue BVG-Kompromiss der Sozialpartner bringt vor allem benachteiligten Frauen klar bessere Renten.

Kurz vor der Sommerpause präsentierten Gewerkschaftsbundschef Pierre-Yves Maillard, Arbeitgeberchef Valentin Vogt und Travail-Suisse-Präsident Adrian Wüthrich eine Lösung für die zerfallenden Pensionskassenrenten. Sie hatten vor einem Jahr einen entsprechenden Auftrag von SP-Bundesrat und Sozialminister Alain Berset gefasst. Der BVG-Kompromiss, der jetzt auf dem Tisch liegt, hat gute Chancen, umgesetzt zu werden (siehe Artikel unten).

MEHR SOLIDARITAT

Die zweite Säule ist wegen der tiefen Zinsen, aber auch wegen der Abzockerei durch die Finanzlobby in der Krise. Seit zehn Jahren sinken die BVG-Renten. Und dies, obwohl die Wirtschaft wächst und die Versicherten immer mehr einzahlen. Um die Renten zu bezahlen, wollen die Versicherer, dass der Umwandlungssatz von 6,8 auf 6,0 Prozent gesenkt werde. Dieser Satz bestimmt, wie viel Rente die Versicherten aus ihrem angesparten Alterskapital erhalten. Sinkt

er, werden auch die Renten kleiner. Um dies zu verhindern, sieht der Kompromiss nun einen Zuschlag zur Rente vor. Dieser soll mit einem Lohnbeitrag von je 0,25 Prozent der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber finanziert werden. Hohe Löhne bezahlen somit deutlich mehr für den Rentenzuschlag. Die Kosten der Reform werden somit gerecht verteilt. Weil im BVG sonst jeder für sich selber spart, ist ein Zuschlag, der von allen Versicherten finanziert wird, ein wichtiger Schritt hin zu mehr Solidarität in der zweiten Säule.

BVG DISKRIMINIERT FRAUEN

Und es ist vor allem ein Schritt mit positiven Folgen für die Frauen. Urban Hodel ist der Rentenspezialist der Gewerkschaften. Er sagt: «Endlich werden die Vorsorgelücken von Frauen geschlossen.» Vor allem

Frauen mit Teilzeit-

jobs und tieferen

Löhnen erhielten

im Alter spürbar hö-

here Renten. Heute

Der Kompromiss bringt Frauen bis zu <u>1278 Franken</u> höhere Jahresrenten. sind Frauen nicht

nur beim Lohn, sondern auch bei der Rente diskriminiert. Laut Statistik erhalten sie 63 Prozent weniger BVG-Rente als Männer (work berichtete). Der sogenannte Gender Pay Gap rührt aber nicht nur von Teilzeitjobs und tiefen Löhnen her. Er ist auch systembedingt. Denn der Koordinationsabzug, der die versicherten Jahreslöhne

zwischen der ersten und der zweiten Säule aus-

gleicht, benachteiligte die Frauen. Gemäss Kompromiss soll der Abzug nun halbiert werden (von 24885 auf 12443 Franken). Dies erhöht insbesondere die versicherten Teilzeitlöhne der Frauen und führt automatisch zu höheren Beiträgen – auch der Arbeitgeber – und somit zu besseren BVG-Renten. Zusammen mit dem geplanten Zuschlag von 100 bis 200 Franken pro Monat werden Altersrenten verhindert, die nicht zum Leben reichen. Rentenspezialist Hodels Fazit: «Der Kompromiss sichert nicht nur die Renten für untere und mittlere Einkommen, sondern verbessert auch das Rentenniveau für jene, die es besonders nötig haben, also für Frauen.»

DIE KONKRETE RECHNUNG

Gabriela Medici, beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund zuständig für Sozialversicherungen, rechnet vor: «Wer einen Lohn von 50000 Franken hat, zahlt rund 250 Franken pro Jahr, um nachher jährlich rund 1200 bis 1500 Franken mehr Rente zu haben – unabhängig von der Höhe des Alterskapitals.» Eine schlagende Rechnung.

work hat die Auswirkungen des Kompromisses ebenfalls berechnet. Und zwar für eine 54jährige Frau mit einem Bruttoeinkommen von 40000 Franken: Ihr versicherter Jahreslohn steigt mit dem Kompromiss von 15115 auf 27557 Franken, das Altersguthaben erhöht sich bis zur Pensionierung von 75575 auf 86948 Franken. Dies führt zu einer um 1278 Franken höheren Jahresrente im Alter. Das kann sich sehen lassen.

Uneinsichtige Rechte: SVP & Co. gegen faire Frauenrenten

Der Kompromiss bei der BVG-Rentenreform ist ein Erfolg der Gewerkschaften. Aber er hat auch Gegner.

Die SVP hat bereits angekündigt, dass sie den Kompromiss bekämpfen werde. Wegen des Rentenzuschlags. Auch der ewiggestrige Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Gewerbeverbands und Zürcher FDP-Nationalrat, ist gegen faire Frauenrenten. Das sei zu teuer. Bigler war bei den Sozialpartnergesprächen dabei. Er ist dann aber ausgestiegen, als klar war, dass ein solidarisch finanzierter Rentenzuschlag kommen werde. Jetzt steht Arbeitgeberchef Valentin Vogt

unter Beschuss der Rechten, die einen Sozialabbau wollen. Vogt habe sich mit den Gewerkschaften ins Bett gelegt, so der Vorwurf. Doch richtig ist: Vogt hat gemerkt, dass er mit der SVP nichts erreichen kann. Seine bisherige Strategie, mit der Rechten gegen die Gewerkschaften ins Feld zu ziehen und reine Abbaulösungen auf dem Buckel der Arbeitnehmenden durchzudrücken, ist gescheitert.

Siehe auch das Rahmenabkommen mit der EU: Die Bürgerlichen bringen es nicht durch, weil sich die Gewerkschaften und die Linke konsequent gegen eine Schwächung des Lohnschutzes zur Wehr setzen.



Urban Hodel.

2010 gewannen die Gewerkschaften die Abstimmung über die unsoziale Reform in der beruflichen Vorsorge («Rentenklau»). Diese hätte den Versicherten Rentenkürzungen

ohne Kompensa-

tion gebracht. Seither sind alle Anläufe für eine Sanierung der zweiten Säule gescheitert. Zuletzt im Verbund mit der AHV-Reform im September 2017. Vogt und in seinem Hintergrund die Versicherungswirtschaft haben begriffen, dass ohne Kompromisse keine sozialpolitische Reform möglich ist. Bigler fehlt diese Einsicht offensichtlich gänzlich.

Rentenspezalist Urban Hodel sagt: «Der vorliegende Kompromiss ist ein Eingeständnis der Arbeitgeberseite, dass es bei den unteren und mittleren Einkommen ein Rentenproblem gibt.» Das wurde bisher stets geleugnet. Schon dies allein ist ein gewerkschaftlicher Erfolg. Und erst recht deutlich bessere Frauenrenten, die dieser Kompromiss möglich macht. Der Gewerkschaftsbund hat denn auch angekündigt, dass er die Lösung im Parlament verteidigen werde. (rh)

Die Briefträgerin & die Briefeinwürfe

Manchmal reicht ein Bild oder eine Erinnerung, und mitten im Sommer wird der Winter lebendig. Und umgekehrt. Oft verbunden mit einer Prise Längizyti. Jedenfalls ist es ein heisser Sommertag, als der Briefträgerin plötzlich ein eisiger Winterabend in den Sinn kommt: Sechs Uhr vielleicht war es da gewesen und sie irgendwo in der Stadt unterwegs.



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

Längst lag Dunkelheit über allem. Da stiess sie auf einen alten, lange nicht gesehenen Bekannten, der auf einer kleinen Mauer sass.

«Was tust du denn hier?» fragte die Briefträgerin. «Ich warte auf die Person, die den Briefkasten leert», antwortete der Bekannte und zeigte auf den gelben Kasten neben sich, der in der Postsprache Briefeinwurf heisst. Die Briefträgerin erfuhr, dass der Bekannte drei Briefe geschrieben und eingeworfen hatte, was er nun bereute. Abrechnungen mit der Mutter

Die Pöstlerin dachte an den Zauberstab, der zu Hause am Postschlüsselbund hing.

und den zwei Brüdern. «Ich glaube, vor allem der Brief an die Mutter ist zu happig», sagte der Bekannte. «Ich sollte ihn besser nicht schicken. Sie sollte ihn besser nicht erhalten.» Die Briefträgerin verkniff sich das Lachen nicht. Und sie dachte an den Zauberstab, der zu Hause am Postschlüsselbund hing. Der Schlüssel, mit dem sich alle Briefeinwürfe im Gebiet ihrer Zustellstelle öffnen lassen würden. Der kleine Schlüssel früher, der noch aussah, wie Schlüssel in alten Geschichten aussehen, hatte sogar in alle Briefeinwurfschlösser der Schweiz gepasst. «Sesam öffne dich!», und alle Geheimnisse kämen ans Licht. Die Rechnungen, die Werbesendungen, die Geburtsanzeigen, die Liebesbriefe, die Todesanzeigen, die Abrech-

Doch obwohl dem Postgeheimnis unterstellt, dürfte sie vermutlich keine andern Kästen öffnen als diejenigen, die zu leeren sie verpflichtet ist. Wenn die Briefträgerin auf ihren Touren die Briefeinwürfe leert, schaut sie kaum hin, was sie in Empfang nimmt. Zu viele Sendungen oder keine Zeit. Einen Brief zurückgeben darf sie nur gegen Vorzeigen eines Ausweises und Beschreibung der Sendung. - Die beiden plauderten noch eine Weile, dann ging die Briefträgerin weiter, und der Bekannte blieb auf der Mauer sitzen.

Es war längst Frühling, als sie einander wieder begegneten. «Übrigens», sagte der Bekannte, «die Briefe konnte ich damals nicht zurückhalten. Der Pöstler kam, doch waren sie nicht mehr im Kasten. Sie waren wohl bei einer früheren Leerung mitgenommen worden.» «Und?» erkundigte sich die Briefträgerin interessiert. «Meine Mutter hat den Brief mit Fassung zur Kenntnis genommen», erzählte der Bekannte. «Die Brüder aber, die habe ich noch immer nicht da, wo ich sie haben will.»

Löhne rauf!

«Spektakulär». So titelte der Deutschlandfunk den Lohnabschluss für den öffentlichen Dienst: Um mehr als drei Prozent steigen die gesamtarbeitsvertraglichen Bruttolöhne in Deutschland in diesem und auch im nächsten Jahr für rund eine Million Mitarbeitende der Bundesländer. Einen richtigen Sprung nach oben machen die Löhne der Beschäftigten in der Krankenpflege. Ihre Arbeit wird endlich aufgewertet – sie erhalten pro Monat 400 bis 700 Euro mehr Lohn! «Das ist der beste Abschluss für die Länder seit Jahren», bilan-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ziert der Verhandlungsführer der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske.

STREIKS. Diese Lohnerhöhung ist kein Einzelfall in Deutschland. Auch in der Industrie und den privaten Dienstleistungen gibt es sehr gute Abschlüsse. Laut der neusten Statistik steigen die kollektivvertraglich ausgehandelten Löhne seit sechs Jahren um durchschnittlich 1,5 Prozent. Real, nach Abzug der Teuerung. Das war nur möglich mit den Streiks, wie sie die Mitarbeitenden in Kitas und Pflegeheimen, in der Maschinenindustrie oder im Detailhandel führten.

Welch ein Unterschied zur düsteren Ära unter Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) ab 2001. Da dumpte Deutschland halb Europa. Die Reallöhne sanken. Nicht so sehr im Bereich der Kollektivverträge, sondern vor

<u>Der beste</u> <u>Abschluss</u> seit Jahren.

allem im prekären Tieflohnsektor, der immer grösser wurde. Dieses Problem ist in Deutschland bis heute nicht gelöst. Der gesetzliche

Mindestlohn ist mit 9,19 Euro pro Stunde viel zu tief. Hier gehen nun die Gewerkschaft Verdi, die SPD und die Grünen in die Offensive und verlangen 12 Euro.

ERFOLG. Im Unterschied zu Deutschland waren wir in der Schweiz mit der Mindestlohnkampagne bereits ab dem Jahr 2000 erfolgreich. Wir konnten den Tieflohnsektor begrenzen, der bei uns gerade mal halb so gross ist wie in Deutschland. Was die allgemeine Lohnentwicklung angeht, sieht die Schweiz jedoch alt aus. Nur etwas mehr als ein halbes Prozent betrug die durchschnittliche Reallohnentwicklung in den letzten fünf Jahren bei uns. In einzelnen Branchen wie dem öffentlichen Dienst oder dem Transport liegt sie gar bei null. Und dies trotz Jahren saftiger Gewinne in den Unternehmen!

Höhere Löhne sind heute auch deshalb aktuell, weil die Konjunktur stottert. In Deutschland wie in der Schweiz schwächelt die Industrie. Umso wichtiger ist die Stärkung der Binnenwirtschaft mit kräftigen Reallohnerhöhungen.





Gastgewerbe: Vorwärts im L-GAV

Löhne, Rente, Arbeitszeit: Die Angestellten im Gastgewerbe wollen, dass jetzt etwas gehe. Unterschreibe unsere Petition für Verbesserungen im Landes-Gesamtarbeitsvertrag (L-GAV):

www.unia.ch/petition-gastgewerbe

Katar: Migranten haben genug von leeren Versprechen

Arbeiterproteste im WM-Land



AUS PURER NOT: Arbeitsmigranten blockieren in Doha, Katar, eine Hauptstrasse, weil sie ganze vier Monate lang keinen Lohn erhalten haben.

In drei Jahren wird in Katar die Fussball-WM angepfiffen. Arbeitsmigranten machen sie möglich – und werden um ihren Lohn geprellt. Jetzt wehren sie sich.

PATRICIA D'INCAU

Katar: Das ist, wo die rund 300 000 reichen Einheimischen den ganzen Tag schlafen können, während 2,6 Millionen asiatische Arbeitsmigranten und-migrantinnen das Land am Laufen halten. Als Haus- und Hotelangestellte, als Strassenreiniger oder Bauarbeiter. Letztere zehn Stunden am Tag unter der brennenden Wüstensonne, für 195 Dollar pro Monat, ohne Gewerkschaften im Rücken. Denn: die sind in Katar verboten. Genauso wie Streiks.

Und jetzt das: Gleich zwei Tage hintereinander haben mehrere Tausend Arbeiter protestiert. Videos vom 4. August zeigen, wie rund dreitausend Büezer in gelben Sicherheitswesten eine der Hauptstrassen um Doha blockierten. Aus purer Not. Denn: Ganze vier Monate lang hat ihnen das Bauunternehmen Iskan den Lohn

nicht bezahlt. Während Katars Medien schwiegen, wurde das Arbeitsministerium aktiv: Noch während der Blockade fuhren Beamte vor, um mit den Arbeitern zu verhandeln. Die Polizisten in Vollmontur hielten sich zurück. Genauso tags darauf, als sich rund 1000 weitere Arbeiter weigerten, ihre Schicht anzutreten. Darunter Gebäudereiniger und Spengler. Gegenüber «Human Rights Watch» erklärte einer der Streikenden: Die Chefs hätten ihnen mit Aus-

«Wer sich beschwert, riskiert, ausgeschafft zu werden.»

KRANFÜHRER AUS INDIEN

schaffung gedroht, falls sie den neuen Vertrag mit noch schlechteren Löhnen nicht unterschreiben würden.

«WIE IM GEFÄNGNIS»

Ähnliches berichtete ein indischer Kranführer im letzten Oktober work: «Wenn du dich beschwerst, dann riskierst du, ausgeschafft zu werden. Ich fühle mich wie im Gefängnis.» Internationale Gewerkschaften kritisieren das seit Jahren. Neben den miesen Löhnen, den schlechten Unterkünften und tödlichen Arbeitsbedingungen (work berichtete: rebrand.ly/toedliche-sonne).

Zumindest auf den Baustellen der Fussball-WM gab es jüngst Verbesserungen. Seit 2017 führen dort ausländische Gewerkschafter Inspektionen durch. Mit dabei ist auch die Unia. Dank einem Abkommen zwischen der Internationalen Baugewerkschaft (BHI) und dem lokalen Supreme Committee, das für den Bau der WM-Infrastruktur zuständig ist. Das Resultat: höhere Arbeitssicherheit, pünktliche Lohnzahlungen und: Arbeiter können ihre Rechte einfordern.

Und auch ausserhalb der Stadien sollte sich die Lage eigentlich gebessert haben: Unter dem Druck der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hat Katar Reformen angestossen. Schon 2015 lancierte der Staat etwa ein «Lohnschutzsystem»; eine Datenbank, mit der über 50 000 Unternehmen auf pünktliche Lohnzahlungen kon-

trolliert werden sollen. Doch die jüngsten Proteste zeigen: In der Praxis funktioniert's noch immer nicht.

EIN KLEINER SIEG

Immerhin: Der Druck der Arbeiter scheint etwas bewegt zu haben. Jenen von der Strassenblockade wurde inzwischen ein Teil ihres Geldes bezahlt. Das bestätigen Gewährspersonen, die für die BHI vor Ort sind. Jin Sook Lee, die BHI-Kampagnenverantwortliche, sagt zu work: «Die Arbeiter haben zwei Monatslöhne erhalten, wobei diejenigen für Juni und Juli nach wie vor ausstehen.» Das Arbeitsministerium sei jedoch daran, eine Lösung zu finden.

Schon wieder internationale Schelte bekommen – das möchte Katar offenbar nicht. Zumal das Gerücht die Runde macht, die Fifa könnte Katar doch noch die Fussball-WM 2022 entziehen. Allerdings nicht wegen der miserablen Arbeitsbedingungen im Golfstaat. Sondern wegen der neuen Hinweise, dass die WM-Vergabe geschmiert war (siehe Artikel unten).

Korruptionsverdacht: Katar in Bedrängnis

23. November 2010: Eine Männerrunde trifft sich in Paris zum Essen. Nicht irgendwo, sondern im Elysée-Palast. Dort, wo Frankreichs Staatsoberhaupt sitzt. Am Tisch: Der damalige Präsident Nicolas Sarkozy. Sein Freund, Scheich Tamim bin Hamad Al Thani, Emir

<u>«Die Fifa denkt</u> <u>darüber nach, Katar die</u> WM zu entziehen.»

«TNT SPORTS»

und heutiger Alleinherrscher von Katar. Und Michel Platini, damals Präsident des europäischen Fussballverbands Uefa.

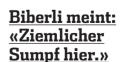
In gemütlicher Runde sollen die Herren den Weltfussball verhandelt haben. Genauer: die Vergabe der Fussball-WM 2022. Der Deal: Um sich den Mega-Event zu sichern, sollte sich Katar in den französischen Fussball einkaufen. Im Gegenzug würde Michel Platini seine Beziehungen spielen lassen – und den Katarern bei der Fifa die nötigen Stimmen verschaffen.

Diese Geschichte ist nicht ganz neu. Aber wieder aktuell – nachdem die französischen Behörden Michel Platini am 18. Juni vorübergehend in Gewahrsam genommen haben. Unter anderem wegen «aktiver und passiver Korruption» und «Einflussnahme» im Zusammenhang mit der WM-Vergabe.

VERDÄCHTIGE ZAHLUNG. Klar ist: Rund eine Woche nach dem Essen im Elysée-Palast vergab die Fifa die WM 2022 tatsächlich an Katar. Einige Monate später kaufte sich das Emirat beim französischen Club Paris Saint-Germain (PSG) ein – dem Lieblingsclub von Sarkozy. Und: Platinis Sohn sass plötzlich an der Spitze eines Ablegers des katarischen Staatsfonds QSI. Einer der mächtigsten Fonds weltweit. Nur Platini senior selbst hatte Pech: 2015 sperrte ihn die Uefa. Wegen einer Zahlung über 1,8 Millionen Euro, die er von der Fifa erhalten hatte. Möglicherweise für seine «Vermittlungsdienste» bei der WM-Vergabe.

EIERTANZ. Nach der Platini-Verhaftung berichtete der US-Sportsender «TNT Sports»: Die Fifa denke darüber nach, Katar die WM zu entziehen. Es gebe «schon geheime Treffen, um einen baldigen Ersatz zu finden». Wird es jetzt also ernst?

Tatsächlich müsste die WM neu vergeben werden, wenn Korruption nachgewiesen würde. Das sagen die Fifa-Regeln. Nur: Ermittlungen dauern. Die WM findet in rund drei Jahren statt. Und: Als besonders aufklärungsfreudig gilt die Fifa nicht. (pdi)







«BLACK IS BEAUTIFUL»: Schwarz ist schön, war ein wichtiger politischer Slogan in den USA der 1960er Jahre, auch für Toni Morrison. FOTO: GETTY

Das Erbe der afroamerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison

Hassrede ist Gewalt

Toni Morrison (1931 bis 2019) wusste, wie viel Schaden Hassprediger anrichten. Es gab sie schon vor Trump, den sozialen Medien oder der **SVP.** Heute ist das Werk der Nobelpreisträgerin aktueller denn je.

LOTTA SUTER, VERMONT (USA)

Toni Morrison hat immer an die Kraft der Sprache geglaubt, an ihre Möglichkeiten und ihre Gefahren. In ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Literaturnobelpreises 1993 sagte sie fast schon prophetisch: «Eine Sprache der Unterdrückung stellt Gewalt nicht nur dar; sie ist Gewalt. Sie zeigt nicht nur die Grenzen des Wissens auf; sie begrenzt Wissen. Die verschleiernde Sprache des Staates und die gekünstelte Sprache gedankenloser Medien. Die stolze, aber verkalkte Sprache der akademischen Welt und die auf Gebrauchswert fixierte Sprache der Naturwissenschaften. Die zersetzende Sprache einer Justiz ohne Ethik und auch die Sprache, die eigens für die Ausgren-

«Eine Sprache der Unterdrückung stellt Gewalt nicht nur dar; sie ist Gewalt.» rassistischen TONI MORRISON

zung von Minderheiten gemacht ist und ihren Plunder mit literari-

schem Augenzwinkern präsentiert. All diese Sprachen müssen zurückgewiesen, verändert und blossgestellt werden.» Ein gewaltiges Programm. Toni Morrison

würde das laut lachend zugestehen. Von Selbstmitleid und Panikmache will sie hingegen nichts wissen.

«Ich will nichts von eurem kleinen Leben wissen, okay.» So eröffnete Toni Morrison zuweilen ihre Schreibseminare an Universitäten. Das tönt harscher, als es ist. Die berühmte Schriftstellerin hat sich stets für das Leben anderer interessiert - aber nicht für deren Nabelschau. Auch ihre eigene Privatsphäre hat sie nie autobiographisch zum Thema gemacht, obwohl dieses Leben alles andere als klein

LESETOUR MIT MUHAMMAD ALI

Geboren wurde Toni mit Taufnamen Chloe Wofford in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre. Als sie zwei Jahre alt war, zündete der Vermieter der schwarzen Arbeiterfamilie die Bude an, weil sie die Miete nicht bezahlen konnte. Morrison hätte auch über ihr Englischstudium an schwarzen und weissen Hochschulen berichten können. Über ihre Lektorinnentätigkeit beim renommierten Verlag Random House, die ihr eine neue literarische und politische Welt eröffnete. Über die Lesetour mit dem Ex-Boxer, Kriegsdienstverweigerer und Bürgerrechtsaktivisten Muhammad Ali. Über die Freundschaft mit der kämpferischen Philosophin Angela Davis. Ihre kurze Ehe und Scheidung hätten ein Memoirenthema abgegeben. Oder die harten Jahre als alleinerziehende und berufstätige Mutter in den 1960er Jahren.

Stattdessen erkundet Toni Morrison die Sprache und die Welt seit 1970 konsequent aus der Sicht von fiktiven schwarzen Frauen und Mädchen. Eine Minderheit, die in der US-Literatur bisher kaum und dann nur in einer passiven Opferrolle wahrgenommen worden ist. «Black is Beautiful», Schwarz ist schön, war ein wichtiger politischer Slogan in den USA der 1960er Jahre, auch für Toni Morrison. Doch sie geht in ihren Erzählungen historisch einen Schritt zurück. «Ich wollte wissen, wie etwas so Groteskes wie die Dämonisierung einer ganzen Rasse im empfindlichsten und verwundbarsten Teil der Gesellschaft, in einem Kind, einem Mädchen, Wurzeln schlagen konnte», schrieb sie im Nachwort zu ihrem ersten Roman «Sehr blaue Augen».

Toni Morrisons meistgelesenes Buch «Menschenkind» stützt sich auf die reale Geschichte von Margret Garner, einer Sklavin des 19. Jahrhunderts, die ihre zweijährige Tochter tötet, als sie von Sklavenjägern auf der Flucht erwischt wird. Sie liebt ihr Kind

Toni Morrison: Alleinerziehende Mutter

Toni Morrison wurde 1931 als zweites von vier Kindern in eine schwarze Arbeiterfamilie der multikulturellen Industriestadt Lorain im US-Bundesstaat Ohio geboren. Ihr Taufname ist Chloe Ardelia Wofford. Toni ist die Kurzform des Heiligen, den die Zwölfjährige bei ihrer Konvertierung zum Katholizismus als Namenspatron wählte. Morrison ist der Name des jamaikanischen Architekten, mit dem sie von 1958 bis 1964 verheiratet war. Aus dieser Ehe stammen zwei Söhne, die die junge Mutter alleine grosszog, während sie als Lektorin beim Verlag Random House arbeitete.

SCHREIBKARRIERE. Ab den 1980er Jahren konzentrierte sich Morrison ganz aufs eigene Schreiben, daneben lehrte sie bis an ihr Lebensende regelmässig an Universitäten. Viele ihrer Romane sind ins Deutsche übersetzt worden. Darunter: «Sehr blaue Augen» (1979), «Menschenkind» (1989), «Jazz» (1993), «Paradies» (1999), «Gott, hilf dem Kind» (2017). Politisch aktuell ist ihr Essayband «Die Herkunft der anderen. Über Rasse, Rassismus und Literatur» (2018). (Is)

und kann deshalb den Gedanken nicht ertragen, dass es ihr Sklavinnendasein teilen muss. Ein schrecklicher Konflikt, den Morrison in ihrem Roman nicht vereinfacht oder verharmlost, sondern scharf ausleuchtet und in mehrere Stimmen auffächert.

Sie wählt diese Art Schreiben, weil sie allen Menschen, auch unterdrückten und versklavten, ein kompliziertes, mehrdeutiges Innenleben einräumt. Und auch weil sie als Autorin keine neue Meistererzählung schaffen will. Sie liefert keine neue allgemeingültige Erklärung der Welt, sondern will der Grösse und Vielschichtigkeit unseres Lebens gerecht werden. Das ist eine künstlerische Haltung, aber auch eine klare politische Vision.



la suisse existe Jean Ziegle

HUNGER

Dienstag, 23. Juni, im Konferenzsaal XI des Genfer Völkerbundpalasts: ein Tag der Niederlage für die Vereinten Nationen. Die höchsten Verantwortlichen all jener Spezialorganisationen, die mit dem weltweiten Kampf gegen den Hunger betraut sind, mussten sich vor den Botschafterinnen und Botschaftern und Vertretern der internationalen Zivilgesellschaft

Was uns von den Opfern trennt, ist nur der Zufall der Geburt.

rechtfertigen. Denn die Zahl der Hungernden steigt. Und

dies auf einem Planeten, der vor Reichtum überquillt.

Im holzgetäfelten, klimatisierten Konferenzsaal stellten die Direktorinnen und Direktoren der FAO (der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation), der WHO (der Weltgesundheitsorganisation), der Unicef (des Kinderhilfswerks), des WFP (des Welternährungsprogramms) und der FIDA (der Internationalen Föderation für die Entwicklung der Landwirtschaft) ihren kiloschweren Jahresbericht vor. Sein Titel: «Die Lage der Ernährungssicherheit auf der Welt».

820 MILLIONEN OPFER. In der Uno-Entwicklungsagenda 2030 heisst es in Artikel 1: «Den Hunger beseitigen». Aber heute leiden immer noch 820 Millionen Menschen an permanenter, schwerster Unterernährung. Im subsaharischen Afrika, das grossartige, uralte Bauernkulturen und Millionen Hektaren fruchtbaren Bodens besitzt, leidet über ein Fünftel der Bevölkerung an todbringenden Mangelkrankheiten oder Unterernährung. Mangelernährung bedeutet, dass den Menschen Vitamine und mineralische Nährstoffe fehlen. Unterernährte nehmen zu wenig Kalorien zu sich. Hunger ist ein einfaches Phänomen: Der Mensch arbeitet, spielt, redet, denkt, durchmisst Räume und verbraucht dabei Lebensenergie. Sie muss regelmässig durch flüssige oder feste Nahrung ersetzt werden. In Uganda stieg in drei Jahren die Zahl der Hungernden von 24 auf 44 Prozent. In Sambia, dem zweitgrössten Kupferproduzenten der Welt, hungern 46 Prozent der Bevölkerung. In Nigeria, diesem überreichen Riesenland, hat sich die Zahl der Hungernden verdoppelt.

WARUM DIESER SCHRECKEN? Klimakatastrophen und jahrzehntelange Kriege sind offensichtliche Gründe. Aber verheerend sind auch die Folgen des Landraubs: 2018 sind 41 Millionen Hektaren afrikanischen Agrarlandes von Hedge-Funds und internationalen Grossbanken vereinnahmt worden. Hinzu kommen erdrückende Auslandsschulden und Börsenspekulationen mit Grundnahrungsmitteln. Sie treiben die Weltmarktpreise in die Höhe, so dass die von Importen abhängigen Entwicklungsländer nicht mehr genügend Nahrungsmittel kaufen können.

Fazit: Hunger ist von Menschen gemacht und könnte morgen durch einige radikale Reformen aus der Welt geschafft werden. Notwendig wären ein Verbot von Börsenspekulationen mit Reis, Getreide und Mais; die totale Entschuldung der ärmsten Länder; das Verbot von Landraub. Für diese Reformen müssen wir kämpfen. Denn was uns von den Opfern trennt, ist nur der Zufall der Geburt.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».

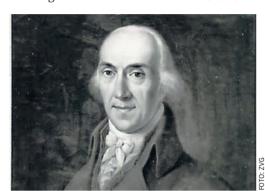
10 workdossier 16. August 2019 16. August 2019 workdossier 11

Hehlerei fürs Imperium

Heidiland & die Kolonien

Die Schweiz hatte nie Kolonien. Woher kommt dann unser Wohlstand? Von den Kolonien. Wie jetzt?

Die Schweizer Sklavenschiffe «Pays de Vaud», «Ville de Lausanne» und «Helvétie» operierten von Marseille aus. Sie gehörten einer Waadtländer Firma und schafften die Sklaven aus der portugiesischen Kolonie Moçambique über den Atlantik. Auf dem Rückweg nahmen die Schiffe die Produkte der Kolonie, etwa Kaffee und Textilien, mit. Dieses Dreieck der Sklavenwirtschaft zwischen Europa, Afrika und Amerika hat dem europäischen Kapitalismus zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert einen mächtigen Schub verliehen und die ökonomi-



SKLAVENHÄNDLER: Christoph Burckhardt, Basel.

schen Grundlagen der Industrialisierung geschaffen. Die wiederum Europas Aufstieg zur Weltmacht einleitete.

Auch das Basler Handelshaus Burckhardt verdiente mit eigenen Schiffen gut an der Sklaverei. Aber Sklavenhandel war mühsam, und manchmal starb bei den erbärmlichen Bedingungen im Bauch der Kähne die halbe menschliche Fracht. Also verlegte man sich auf die Finanzierung der Sklaverei und diverse Dienstleistungen. Rund 20 Schweizer Banken versorgten Sklavenhändler in den französischen Städten Nantes und Le Havre, in Holland und Grossbritannien mit Kapital. Praktisch war, dass die Banken gleichzeitig auf den Antillen und bis ins ferne Indonesien an Sklaverei-Plantagen beteiligt waren. Ebenfalls verlegte man sich auf den Handel mit manchen Produkten wie Textilien aus Westindien, die Grundlage für die Schweizer Textilindustrie. Und die Webstühle konnten gleich auch noch geliefert werden, darauf wuchs die Maschinenindustrie.

SCHWEIZER TRUPPEN. Andere Schweizer verlegten sich auf die besondere Dienstleistung, Sklavenaufstände niederzuschlagen oder die Sklaverei erneut zu erzwingen, wo sich die Sklaven. wie in Haiti, befreit hatten. Und bei fast allen kolonialen Eroberungen in Afrika und Asien waren Schweizer Truppen dabei. Etwa im Auftrag der niederländischen Ostindien-Kompanie, eines der grössten Handelsunternehmen im 17. und 18. Jahrhundert, in Ceylon, dem heutigen Sri Lanka. Ihre Kommandeure trugen klingende Namen des hiesigen Soldadels wie de Meuron oder von Wattenwyl.

Die Schweiz besass nie Kolonien, von einer Privatkolonie bei Sétif in Algerien abgesehen. Wir schreiben unseren Wohlstand gerne dem eigenen Fleiss zu. In Wahrheit ist er zuerst der Söldnerei, dann der Sklaverei und schliesslich

Die Schweiz verdiente und <u>verdient an der</u> Ausbeutung.

der Hehlerei des kolonialen Raubgutes geschuldet. Etwa des Goldes aus Südafrika, als das Land wegen der Apartheid einem UN-Boykott unterlag. Ne-

benbei hat die Waffenschmiede Oerlikon-Bührle dem Regime auch noch illegal Waffen geliefert. Und Christoph Blocher hat für die weissen Rassisten lobbyiert.

Im Kolonialismus, so formuliert es der Historiker Bernhard Schär, wurde die Schweiz, was sie heute ist: «eine multi-imperiale Dienstleistungszone». Hier sitzen die grossen Rohstoffhandelskonzerne wie Glencore, Trafigura und Cargill. Der global führende Lebensmittelkonzern Nestlé. Pharma- und Agrochemieriesen (Roche, Novartis, Syngenta). Genf ist der wichtigste Handelsplatz für Erdöl (Vitol, Gunvor usw.). Riesige, weltumspannende Handelsund Logistikunternehmen dirigieren aus der Schweiz globale Warenströme. Hier wird in Teppichetagen über Gedeih und Verderben von Milliarden Menschen im Süden entschieden. (olf) Überall kocht neuer Rassismus hoch. Er nährt sich aus 500 Jahren verdrängter Geschichte.

«Die Kolonialisierung war eine grosse sexuelle Safari»

Der Streit um eine Pariser Ausstellung und ein neues Buch enthüllt: Europa hat die koloniale Eroberung der Welt als Beherrschung der Körper, als rassistische Massenvergewaltigung organisiert.

OLIVER FAHRNI

Es geschah vor ein paar Jahren an einem Bankett des Pariser Ministeriums, das französische Kultur verbreiten soll. Beim Käse sagt ein preisgekrönter französischer Schriftsteller zur algerischen Romanautorin: «Ich möchte endlich eine Araberin fi...!» Die Algerierin, die in Paris lebt und auf französisch schreibt, erfasst blankes Entsetzen. Ihre Mutter war als 14jährige vor den brutalen Nachstellungen eines französischen Kolonialoffiziers in den bewaffneten Widerstand geflüchtet. Als die Franzosen 1962 endlich aus Algerien abzogen, hatte ihr Kolonialkrieg in Nordafrika 700 000 Menschen getötet. Und Millionen traumatisiert.

Soviel wir wissen, hat niemand den Preisgekrönten für seinen rassistischen, frauenverachtenden und kolonialistischen Satz zumindest geschüttelt. Solche Rede – und Schlimmeres – ist in Paris durchaus salonfähig. Frankreich hat seine koloniale Vergangenheit nie richtig aufgearbeitet. Also mottet sie weiter.

KAMPFBOMBER UND BARBIE

Über ein halbes Jahrtausend hat der weisse Mann die Welt bis in die hintersten Ecken mit Eroberung und Ausbeutung, Sklaverei und Rassismus überzogen. Auf dem Kolonialismus baut das Weltsystem Kapitalismus. Von den Conquistadores Südamerikas bis zu den US-Soldaten in Bagdad und Kabul ist die koloniale Unterwerfung das grösste Verbrechen der Menschheitsgeschichte: Es hat die aktuelle Welt geformt.

Heute heisst er «finanzielle Globalisierung», G20, Herrschaft der Konzerne. Denn das Geld fliesst netto noch immer von den Ländern des Sü-

dens in den Nor-

den. Auch die alten

Methoden gelten

weiterhin. Westliche Truppen füh-

ren derzeit Kriege

Ländern des Sü-

<u>«Sexuelle Aus-</u> beutung stand im Zentrum der Kolonialisierung.»

PASCAL BLANCHARD, HISTORIKER

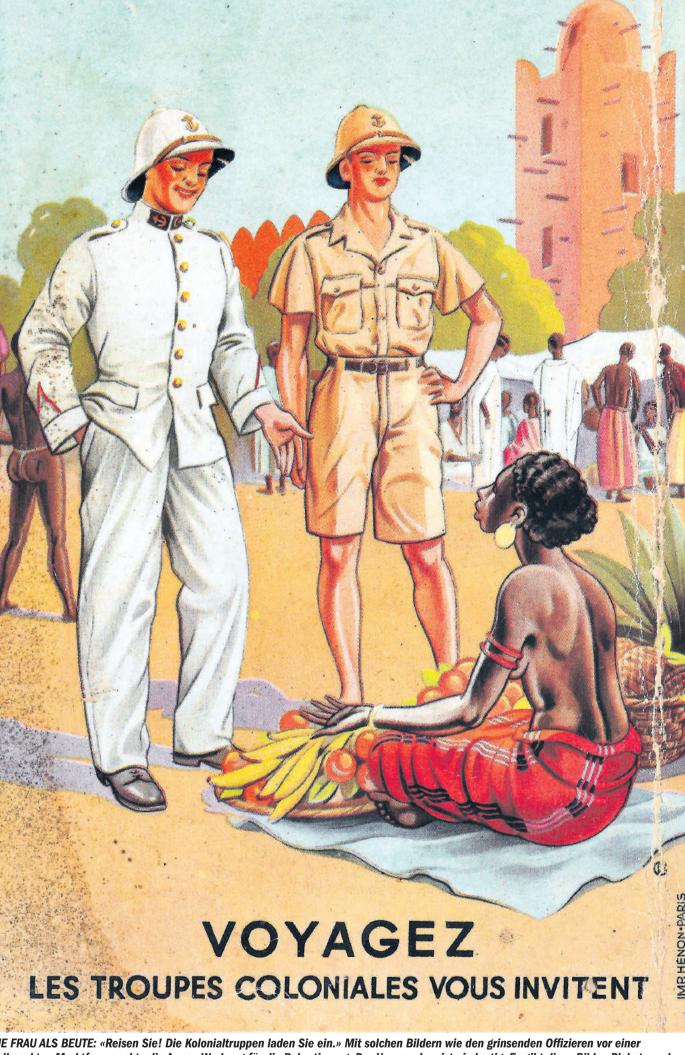
dens. Und wünscht sich jetzt ein irakisches Mädchen in der Ruine seines Hauses eine «Dreamhouse-Barbie», hat das mit den immensen Militärbudgets der USA einen engen Zusammenhang: Kommen die Kampfbomber, werden Köpfe und Seelen mitkolonialisiert.

Bereicherung war und ist der Antrieb der globalen Unterwerfung. Rassismus ihre Ideologie. Wer ganze Bevölkerungen massakriert und blühende Kulturen auslöscht, wer Millionen Menschen zur Sklavenarbeit in die beiden Amerikas verfrachtet, muss den Gequälten ihre Qualität als Menschen nehmen. Dafür wurde der «Wilde» erfunden, und das wirkt bis heute nach. Die Kirche sprach ihnen erst eine Seele ab, später wütete sie im Namen der Rettung ihrer Seelen. Spanische Juristen erklärten die Dominierten zu «beweglichem Besitz» wie Möbel.

DAS GIFT WIRKT

Rassen gibt es definitiv nicht, an ihrem Nachweis sind alle Apartheid-Regimes und auch die Nazis gescheitert. Aber unser aller gemeinsamer Ursprung in Afrika hindert Ideologen nicht daran, die Besitzlosen und «Globalisierungsverlierer» wurde nicht nur als Herrschaft über Boden und Burke, Fatima Mernissi, Ann Laura Stoler und an- tisch und massenhaft die Bilder teilweise oder ganz Aspekte des Themas auszuleuchten, und banden sakern schon auch mal Schokoladetafeln oder das Recht am Bild der Gedemütigten, es sei auch wie der SVP bis weit ins bürgerliche Lager gepflegt schon in der ersten Woche nach der Besetzung Aleine harte These: «Die Kolonialisierung war eine trolle des Imperiums eingesetzt wurden. wird, ist kulturell. Er behauptet die Minderwergiers im Sommer 1830 richtete die französische grosse sexuelle Safari.» tigkeit des Islams, schwafelt von christlicher Iden- Kolonialverwaltung Bordelle mit algerischen tität und jammert über die angebliche Verdrän- Frauen für die französischen Soldaten ein. gung des weissen Mannes durch Migranten aus der rechtsextreme Terror in Europa mehr Opfer auch der Mann) als Beute versprochen. Freiwild zend wichtiger Bücher zur Thematik. als al-Kaida und IS zusammen. Und Nationen wie für Männer, die aus dem Korsett enger Moralvor-Frankreich drohen an der neuen braunen Pest zu stellungen kamen. Das hinterliess tiefe Spuren VERSTÖRENDE BILDER

und Verhaltensmuster. Dass die Ideologie von der weissen Überlegenheit dumpf und stark sexualisiert daher- weissen Mannes (bis hin zum sexuellen Touris- ten sie 70000 Fotografien, Zeichnungen, Gemälde,



DIE FRAU ALS BEUTE: «Reisen Sie! Die Kolonialtruppen laden Sie ein.» Mit solchen Bildern wie den grinsenden Offizieren vor einer halbnackten Marktfrau machte die Armee Werbung für die Rekrutierung. Das Versprechen ist eindeutig. Es gibt diese Bilder, Plakate und Postkarten, die millionenfach verteilt wurden. WERBEBROSCHÜRE, 1930. FOTO: ZVG

Diesmal hatten sie sich das Bild der kolonialisierten Sexuelle Gewalt als Herrschaftsform des Frau vorgenommen. Aus 500 Sammlungen sichte-

mit rassistischen Motiven gegeneinander aufzu- Schätze, sondern als Dominanz über die Körper dere in grundlegenden Texten analysiert. Nun entkleideter Frauen aus den Kolonien als Waffe zur deren Texte mit 1200 Bildern zu einem fast 5 Kilo Produktewerbung. hetzen. Der neueste Rassismus, der von Parteien organisiert. Über die Arbeitskraft sowieso. Und wagt der französische Historiker Pascal Blanchard Mobilisierung für die Eroberungszüge und die Kon- schweren Band zusammen. Er deckt alle Kolonial-

Bilder wie die auf diesen Seiten abgedruckte sich: Sie stand im Zentrum der Kolonialisierung.» gung, Pädophilie.

Aus den Ergebnissen ihrer Arbeit machte das kommt, sollte nicht wundern. Der Kolonialismus mus) haben Autorinnen wie Angela Davis, Tarana Plakate. Überrascht stellten sie fest, wie systema- unter etliche afrikanische Autorinnen, um alle den 20. Jahrhundert schmückten Bilder von Mas- schrieben sie, die Publikation verletze nicht nur Colonies. La Découverte, Paris. 544 Seiten, CHF 106.10

reiche und die Sklaverei seit dem Jahr 1500 ab. Die Formulierung ist reisserisch, aber Blan- Zeichnung einer Marktszene (grosses Bild) wurden aus dem Buch. Es enthält auch eine gewisse Zahl chard sagt das nicht leichthin. Er ist der Kopf ei- millionenfach unter die Leute gebracht. Man härterer, aber offenbar zurückhaltend ausge- Kolonialismus wurde nicht nur Nicht nur in Algerien, in ganz Afrika, in In- ner Gruppe von Forscherinnen und Forschern nannte das Phänomen «French Postcard». Histori- wählter Bilder. Ihre Botschaft ist ohnehin schon dem Süden. Das Gift wirkt. Immer mehr Länder dochina, im britischen Indien, in Indonesien, in (achac.com), die seit zwei Jahrzehnten den Kolo- ker Blanchard: «Niemand hätte sich vorgestellt, wie unerträglich und doppelt. In der Kolonie, so sigwerden von Rassisten wie Donald Trump, Jair Bol- Südamerika, in den nordamerikanischen Skla- nialismus, postkoloniale Abhängigkeiten, die sehr die Kolonialstaaten etwa die Prostitution ge- nalisieren sie, warten exotische «natürliche» sonaro oder Matteo Salvini regiert. Längst macht venplantagen wurde die dunkle Frau (manchmal Migration ergründet. Von ihnen stammt ein Dut-plant, organisiert und mediatisiert haben. Jene, die Frauen darauf, vom fremden Soldaten befreit denken, die sexuelle Ausbeutung sei ein Randphä- und benutzt zu werden. Und: In der Kolonie ist, nomen des Kolonialsystems gewesen, täuschen schuldfrei, alles erlaubt. Missbrauch, Vergewalti- reichs in den Kolonien. Kritische Journalisten

Das Buch löste sofort Kontroversen aus.

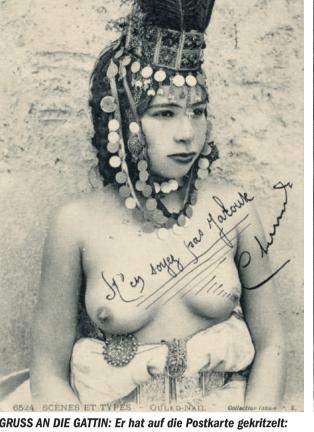
als Herrschaft über Boden und Schätze, sondern als Dominanz über die Körper organisiert.

warfen Pascal Blanchard einen «voyeuristischen sere gemeinsame Geschichte. Besonders verstörend ist, dass die Kolonialis- Coup» vor. Die härteste Kritik kam von einer Achac-Team eine Ausstellung. Sie mobilisierten ten häufig Bilder nach Hause schickten, die sie Gruppe «Afrofeministinnen» (SelbstbezeichPascal Blanchard, Nicolas Bancel, Gilles Boetsch, 97 Wissenschafterinnen und Wissenschafter, dar- bei Übergriffen auf Frauen zeigen. Im beginnen- nung). In einem Manifest (cases-rebelles.org) Dominic Thomas, Christelle Taraud (Hg.): Sexe, Race et

ein Angriff auf die Würde aller Frauen. Und: «Die Gewalt zu zeigen verhindert in keiner Form ihre Rechte Polemiker stritten schlicht die Fakten ab Wiederholung,» Insgesamt sei der Band Teil eines Die Bilder auf dieser Doppelseite stammen und feierten die «zivilisatorische Leistung» Frank- «konstanten Stroms von rassistischen, symbolischen oder konkreten Attacken».

Christelle Taraud, Mitherausgeberin des Bandes, antwortete, wer den Rassismus wirksam bekämpfen wolle, müsse das Tatwerkzeug schon

Immerhin erhellt die Debatte so viel: Kolonialismus, Rassismus und sexualisierte Gewalt sind keine afrikanischen Themen, sondern un-



«Seien Sie nicht eifersüchtig.» Botschaft: Es ist ja bloss eine Araberin. FOTO: LÉON ET LÉVY, ALGERIEN 1906, EDITION IDÉALE PS



KRIEGERPLAISIR: Die britischen Kolonialoffiziere in Indien markierten gerne martialische Männlichkeit (hier bei der Pédicure), Aufständische wurden nicht mit dem Gewehr erschossen, sondern per Kanone. Doch zwischen dem weissen Raj und seinem Boy (ein häufiges Kolonialmotiv) kam es häufig zu abhängiger Intimität. Indien, ort und datum unbekannt, hulton-archiv. Foto: getty images



BRUTALER ZUGRIFF: Fremdenlegionäre verhaften in Sidi bel Abbès (Westalgerien) eine Frau. Es geschieht im Jahr 2 des algerischen Befreiungskampfes. Die Frau weiss, was kommt. Kurz vor Ende ihrer Herrschaft entlud sich die ungehemmte Gewalt der Kolonialisten. ALGERIEN, 1955, THREE LIONS. FOTO: GETTY IMAGES



TRASH: In Heftchen wird das Klischee vom bösen schwarzen Mann und der weissen Frau ausgereizt. In jener Zeit kastrierte der rassistische Mob Afroamerikaner, bevor sie am Kreuz verbrannt wurden. USA 1939. FOTO: COLL. GILLES BOETSCH

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Heisse Sache: Endlich feines Fleisch ohne Schlachthöfe?

Fleisch ohne totes Tier und mit einem Bruchteil der Umweltbelastung ist möglich. Gerade die Schweiz könnte davon gleich mehrfach profitieren.

Die Mehrheit der Leserinnen und Leser von work isst ab und zu gerne ein Steak vom Grill. Veganer und Vegetarierinnen halten gar nichts von solch blutigen Vergnügen. Uns droht – wenn sich nichts ändert – eine neue Spaltung der Gesellschaft entlang dem Rinderwahngraben.

Brutal unter Druck geraten wird unter anderen Ex-Umweltministerin Doris Leuthard, die direkt den Sprung aus dem Bundesrat in den Verwaltungsrat von Bell geschafft hat.

Muss das sein? Auf der ganzen Welt arbeiten Forscherinnen und Forscher an der Frage, wie künftig Pflanzenfleisch, wie künftig Vegi-Fleisch gleich gut aussieht und schmeckt wie heute Bratwürste und Steaks vom Schwein und Rind.

Die Fortschritte der Lebensmitteltechniker sind beachtlich.
Und die Vorteile – wenn sie den
Durchbruch schaffen – unabsehbar:
Vorteil 1: Ein Veganer braucht 4 Mal
weniger landwirtschaftliche Fläche
als jemand, der pro Jahr seine
70 Kilo Fleisch geniesst. Schlicht
und einfach, weil ein Vegi-Steak
25 Mal weniger Futtermittel
braucht als ein Steak vom Rind.
Vorteil 2: Heute verfuttern wir das
Brot der Armen den Tieren, die für



BURGER OHNE BLUT: Er sieht aus wie ein Burger, schmeckt wie ein Burger, ist aber zu 100 Prozent aus Pflanzen hergestellt.

die Reichen geschlachtet werden. Auch deshalb nimmt die Zahl der Hungerenden weltweit wieder zu. Auf wieder über 800 Millionen Menschen. Wenn sich die VegiSteaks durchsetzen, muss die Schweiz neu kein Getreide, kein Soya und keinen Mais mehr importieren, um damit in zunehmend klimatisierten Ställen Rinder und Schweine zu füttern.

Vorteil 3: Die Überbevölkerung der Schweiz mit Schweinen, Kälbern

Schafen und andern Rindviechern wäre vorbei. Die Belastung der Luft mit schädlichen Klimagasen würde mehr als halbiert. Ein Gratisbeitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität, die das Bundesland Bayern schon im Jahr 2040 erreichen will.

Vorteil 4: Weniger Tierbestand bedeutet auch weniger Gülle. Unser Trinkwasser würde sich wieder erholen. So wie dies die Trinkwasserinitiative fordert. Vorteil 5: Gutes Fleisch ist in der Schweiz verdammt teuer. Ein Kilo Bündner Trockenfleisch kostet im Coop oder in der Migros fein geschnitten 85 Franken pro Kilo. Die Spin-offs der ETH werden das weit günstiger hinbekommen. Vorteil 6: Heute beträgt der Selbstversorgungsgrad der Schweiz nur 50 Prozent. Mit und dank Vegi-Fleisch kann er locker über 100 Prozent steigen. Alle (r)echten Vaterlandsverteidiger müssen umsteigen.

LINKS ZUM THEMA:

• rebrand.ly/promifleisch Einst war der «Stern» so etwas wie der Transmissionsriemen der sozial-liberalen Ära eines Willy Brandt. Heute ist er nur mehr ein Schatten vergangener Tage. Aber selbst der «Stern» hat gemerkt, woher der Wind neu pfeift: «Bill Gates liebt sie, Leonardo DiCaprio ebenso und auch auf dem Massenmarkt kommen die veganen Burger-Patties von Beyond Meat gut an: Der Fleischersatzproduzent wächst nach wie vor rasant. Im zweiten Quartal legte der Umsatz im Jahresvergleich um satte 287 Prozent auf 67,3 Millionen Dollar - etwa 60,4 Millionen Euro – zu (...). Der Hype um die kalifornische Firma, deren Buletten wie Fleisch aussehen und schmecken, ohne welches zu enthalten, will nicht enden.»

• rebrand.ly/ethfleisch Die ETH gehört zu den besten Hochschulen der Welt. Nicht dank weniger Staat, sondern dank viel Staat, Die hauseigene Kommunikation wird – von Ausnahmen abgesehen – immer besser. Ein Beispiel unter vielen: «ETH Pioneer Fellow Lukas Böni und seine Teamkollegen Pascal Bieri und Eric Stirnemann entwickeln Fleischanaloge, welche die gleiche Textur. das gleiche Aussehen und den gleichen Geschmack haben wie echtes Fleisch. Ihr neues Produkt planted.chicken ist nachhaltig und tierfreundlich. Fünf Fragen an Lukas über sein Start-up mit dem Namen Planted.» Auf der Homepage finden sich fünf spannende Fragen und fünf konkrete Antworten. Es lohnt sich, in diese für die meisten von uns neue Welt einzutauchen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



Wir haben 21 Mal im Jahr 14. Juni.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Am 1. August 1919 starben fünf Menschen im Kugelhagel der Armee

Maschinengewehr-Salven gegen Streikende in Basel

Vor hundert Jahren wehrte sich die Basler Arbeiterschaft mit einem zehntägigen Generalstreik gegen Hunger und Elend. Doch Bürgerwehr und Militär antworteten mit brachialer Gewalt.

JONAS KOMPOSCH

Es geschah in einem Kleinbasler Arbeiterquartier am 1.August 1919. Frieda Nyffeler war gerade mit Hausarbeiten beschäftigt, als es draussen plötzlich krachte. Jugendliche hatten das Pflaster aufgerissen und kleine Strassenblockaden gebaut. Nun kamen Militärcamions herangerast, Soldaten gaben Schüsse ab - auch mit Maschinengewehren. Sofort stürmte Nyffeler hinaus, wo sie ihre Kinder vermutete. Doch kaum war sie aus der Tür getreten, glaubte Oberleutnant Mattes in ihr eine Angreiferin zu erkennen. Er schoss. Am Kopf getroffen, war die dreifache Mutter sofort tot. So steht es in den Akten des Militärgerichts, das den Todesschützen freisprach.

GEIZIGER FÄRBEREIBARON

Anlass der Militäraktion war ein Generalstreik, in den die Lohnabhängigen sämtlicher Branchen der Stadt am 31. Juli getreten waren. Es war der erste lokale Generalstreik seit dem Landesstreik im Vorjahr. Denn noch immer mussten 20000 Menschen Nothilfe vom Kanton beziehen. Etliche Familien waren obdachlos. Die Arbeitslosigkeit nahm sogar zu. Ebenso die Fälle von Tuberkulose, begünstigt durch chronische Unterernährung.

Von der Misere am stärksten betroffen waren die Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilindustrie – einer Tieflohnbranche. Am schlechtesten zahlte die Färberei Clavel & Lindenmeyer, ein Schweizer Textilmulti, dessen Chef Alexander Clavel zu den reichsten Männern des Landes gehörte. Seinen Angestellten wollte der Färbereibaron aber weder Ferien, kürzere Arbeitszeiten noch einen Teuerungsausgleich gewähren. Viel mehr



SCHWEIZER ARMEE: Wenn's darauf ankommt, immer auf der Seite der Unternehmer. Am 1. August 1919 schossen Aargauer Soldaten und Berufsoffiziere in Basel wild um sich. Zur Rechenschaft gezogen wurde keiner.

sperrte Clavel seine Belegschaft kurzerhand aus der Fabrik, als jene ihre Forderungen stellten. Die Ausgesperrten antworteten mit Streik. Sofort er-

klärte sich

die organi-

sierte Ar-

beiterschaft

Basels soli-

darisch und

fünf

trat

Unternehmen finanzierten einen eigenen Schlägertrupp.

Tage später in den Generalstreik. Nun lauteten die Forderungen: Verbilligung von Brot, Milch, und Kleidern, Massnahmen gegen Wuchermieten, Freigabe leer stehender Wohnungen sowie allgemeine Lohnerhöhungen und gesetzliche Mindestlöhne.

Zu viel, fand der Basler Arbeitgeberverband, der nun behauptete, ein Generalstreik sei nichts anderes als ein russisch unterwanderter Revolutionsversuch. Gift und Galle spuckte auch der «Nationale Block», der Zusammenschluss der bürgerlichen Parteien Basels: Nur «die verfaulte

Schicht arbeitsscheuen Grossstadtgesindels, Jugendliche und professionelle Arbeitslose» würden streiken und damit die Bevölkerung «terrorisieren». Und für die NZZ war der Streik «ein Verbrechen an Volk und Land». Das sah auch der Bundesrat so. Um «Ruhe und Ordnung» zu schaffen, schickte er die Armee – mehrheitlich Bauern aus dem Aargau und Berufsmilitärs.

JAGD AUF GEWERKSCHAFTER

Das Aufbäumen der Werktätigen rief auch die Basler Bürgerwehr auf den Plan. Diese von der Wirtschaft finanzierte Privattruppe hatte die städtische Oberschicht nach dem Landesstreik gegründet und mit Armeebeständen bewaffnet. Jetzt versuchte sie den Streik zu sabotieren. Herren in feinen Anzügen sah man nun die Strassen wischen und die Post verteilen. Aber nicht nur. Eifrige Bürgerwehrler machten regelrecht Jagd auf Gewerkschafter. Etwa auf den späte-

ren Nationalrat Hermann Leuenberger, den sie eigenmächtig verhafteten.

Und Frieda Nyffeler blieb nicht die einzige Getötete jenes 1. August. Denn das Militär schoss ohne Vorwarnung auf Menschenansammlungen. So starben auch die Schneiderin Rosa Hunziker, das Dienstmädchen Julia Eschmann, der Maurer Franz Wöber sowie der Schuhmacher Karl Fässler im Kugelhagel der Schweizer Armee. Zuletzt besetzte das Militär die Redaktion des «Vorwärts». So sah sich die Gewerkschaftsleitung nach zehn Tagen gezwungen, den Streik abzubrechen.

Gut lachen hatten dagegen Färberboss Clavel und die Bürgerwehr, in der er Kommandant war: Die Unternehmermiliz erhielt während des Streiks so hohe Spenden, dass sie trotz Einsatzkosten noch 120000 Franken Gewinn erzielte. Davon zahlte sie jedem Polizisten hundert Franken «Ehrensold» – mehr, als ein Färber in einer Woche verdiente.

worklxl der wirtschaft

David Galluser



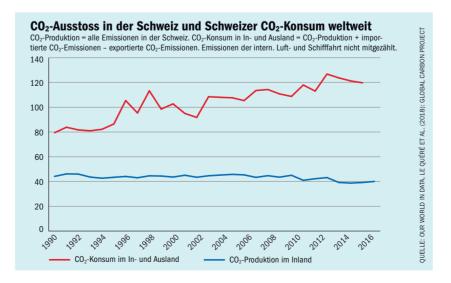
CO₂: DER SCHWEIZER KONSUM STEIGT UNGEBREMST

Seit 1990 ist der CO₂-Ausstoss innerhalb der Schweizer Grenzen gesunken (blaue Linie in der Grafik). Dazu beigetragen hat die höhere Energieeffizienz. Neue Technologien erlauben uns, für die gleichen Leistungen weniger Energie und damit CO₂ zu verbrauchen. So ist beispielsweise der Energieaufwand heute geringer, um Häuser zu heizen oder Zement herzustellen. Wir haben auch einen Beitrag zum Rückgang der inländischen Emissionen geleistet, weil wir mehr Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen.

IMPORTE. Trotzdem können wir nicht zufrieden sein. Denn wir konsumieren massiv CO₂ ausserhalb der Landesgrenzen. Das Gas fällt an, wenn Güter und Dienstleistungen wie zum Beispiel Autos, Stahlträger oder auch Essen auf Reisen für Schweizer Haushalte und Unternehmen im Ausland hergestellt werden. Dieses importierte CO₂ ist seit den 1990er Jahren so stark gestiegen, dass wir alle inländischen Fortschritte

zunichte gemacht haben. In- und ausländische Emissionen zusammen betrachtet, konsumieren wir heute sogar mehr vom klimaschädlichen Gas (rote Linie in der Grafik). Für die Zunahme des Ausstosses können wir nicht allein die grössere Bevölkerung der Schweiz verantwortlich machen, denn auch pro Person importieren wir mehr vom Treibhausgas. Ursache sind vielmehr unsere höheren Einkommen, die wir dazu verwenden, noch mehr CO₂-intensive Güter zu konsumieren.

NEGATIVER SPITZENRANG. Mit unserem CO₂-Konsum pro Kopf gehören wir zu den grössten Klimasündern auf der Welt. Wir sind deshalb in der Pflicht unser Verhalten im Inland zu ändern und zugleich andere Länder bei ihrer Umstellung der Wirtschaft zu unterstützen. Viel Zeit bleibt uns nicht. Gemäss den Prognosen des Weltklimarats IPCC muss die Menschheit zwischen 2030 und 2050 den Ausstoss der Treibhausgase auf netto



null senken. Ansonsten drohen klimatische Verwerfungen, die weit schlimmer sind als diejenigen, mit denen wir schon jetzt rechnen müssen. Ein längst überfälliger Schritt ist die höhere Besteuerung von CO₂-intensiven Produkten, gekoppelt an die Rück-

verteilung der Einnahmen an Normalverdienende. Ebenso wichtig sind höhere Investitionen in erneuerbare Energie, den öffentlichen Verkehr und alternative Produktionsverfahren.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Nationale Klimademo

Grünes Warnsignal

Von Pro Natura bis Greenpeace, von Helvetas bis Public Eye, vom Gewerkschaftsbund bis zum Konsumentenschutz: Über 70 Organisationen machen in der Trägerschaft zur nationalen Klimademo mit. Diese findet am Samstag, 28. September, in Bern statt. Erstmals seit dem Beginn der Klimastreikbewegung soll eine nationale Grossdemo ein starkes grünes Warnsignal für eine konsequente und gerechte Klimapolitik aussenden.



Der Aufmarsch erfolgt einen Monat vor den National- und Ständeratswahlen. Nach Bern geht's wie immer mit dem Zug – oder aber klimagerecht auf einer der vorgeschlagenen Velo-Sternfahrten.

Alle Infos zur grossen Klimademo vom 28. September auf **www.klimademo.ch**

Schweizer Ursport Schwingende



Rechtzeitig zum Eidgenössischen Schwing- und Älplerfest in Zug erscheint «Schwere Kerle rollen besser». Autor Linus Schöpfer erzählt

die Geschichte des Schweizer Ursports Schwingen. Und räumt mit so manchem Mythos auf. So wurde der Schwingerverband erst 1895 gegründet, nicht früher. Schwingen war auch nicht bloss ein patriotisches Kräftemessen. An zahlreichen Orten existierten auch Arbeiterschwingvereine, so etwa in Oerlikon. Schliesslich riefen nicht bäuerliche Kreise das erste Schwingfest ins Leben, sondern es waren Berner Adlige. Schöpfer enthüllt überraschende Tatsachen und verfolgt das Schwingen bis zum kommerzialisierten Sport von heute, der Hunderttausende anlockt und auch vom Fernsehen übertragen wird.

Linus Schöpfer: Schwere Kerle rollen besser. Warum die Schweiz das Schwingen erfand. 150 Seiten, Verlag Nagel & Kimche, Zürich 2019, ca. CHF 25.—. Schöpfer liest aus dem Buch an einem Podium im Zürcher Kulturzentrum Kosmos am Donnerstag, 22. August, um 20 Uhr, www.kosmos.ch

Diskrete Agrarhändler

Von Profit und Elend

Wer kennt schon die Reinhart AG, die Volcafé Ltd, die Neumann Kaffee Gruppe oder die Louis Dreyfus Company? Das sind nur einige der in der Schweiz domizilierten Handelskonzerne von Agrarrohstoffen. Sie machen Milliardenumsätze mit Baumwolle, Kaffee, Soya, Weizen oder Coca und sind weitgehend unbekannt. Public Eye bringt nun Licht in diese äusserst schweigsame und intransparente Branche. Sie steht im Verdacht, Milliarden mit Kinderarbeit, Ausbeutung und Naturzerstörung im Süden zu verdienen. Der äusserst aufschlussreiche Bericht ist jetzt auf der Website der Entwicklungsorganisation zu lesen - leider nur auf englisch.

Agricultural Commodity Traders in Switzerland – Benefitting from misery? www.publiceve.ch

Arbeitszeit I: Muss ich die Pause am Arbeitsplatz verbringen?

Ich arbeite in Vollzeit den ganzen Tag über allein im Verkaufslokal eines Einkaufszentrums. Den Laden darf ich auch für die Mittagspause nicht schliessen und muss während der gesamten Öffnungszeit Kundinnen und Kunden bedienen. Ich darf im Laden nichts essen. Deshalb esse ich, wenn überhaupt, nur auf dem Weg zur Toilette etwas Kleines. Mein Chef zieht mir dafür eine Stunde Pause pro Tag ab. Ist dies erlaubt?

IGOR ZORIC: Nein. Das ist nicht erlaubt. Die Firma muss Ihre Arbeit so organisieren, dass Sie Ihren Arbeitsplatz für die Pause verlassen können, auch wenn Sie allein arbeiten. Deshalb muss Ihr Chef die Pausen im Dienstplan festhalten und entweder eine Vertretung organisieren oder die Öffnungszeiten anpassen.



MACH MAL PAUSE! Mitarbeitende müssen für die Pause den Arbeitsplatz verlassen **können.** FOTO: PD

Wenn Sie Ihren Arbeitsplatz für die Pause nicht verlassen dürfen, muss Ihre Firma Ihnen dies immer als Arbeitszeit verbuchen. Die Pause gilt dann jedoch speziell im Detailhandel als nicht bezogen. Nur in absoluten Einzelfällen wird der Bezug der Pausen am Arbeitsplatz ausnahmsweise toleriert. Und nur dann, wenn innerhalb der Verkaufsfläche ein ruhiger, sauberer und abgetrennter Pausenort existiert, an dem Sie sich verpflegen und tatsächlich ausruhen können. Dieser muss sämtlichen Anforderungen des Gesundheitsschutzes entsprechen und mindestens Trinkwasser, die Sicht ins Freie und eine Sitzgelegenheit bieten. All dies ist in Ihrem Fall nicht gegeben. Es ist deshalb so, dass Sie eigentlich gar keine Pausen bezogen haben!

Arbeitszeit II: Darf ich nur in der Pause auf die Toilette?

Ich arbeite in einem Kiosk am Bahnhof. Den ganzen Vor- und Nachmittag bin ich allein im Kiosk. Nur für die Mittagspause werde ich vertreten. Wenn ich auf die Toilette gehen möchte, muss ich also bis zur Mittagspause oder bis zum Abend warten, da ich den Kiosk nicht verlassen und schliessen darf. Dies bereitet mir oft Probleme. Bereits einige Male habe ich meine Kündigung riskiert, weil ich einen meiner Stammkunden gebeten habe, kurz auf den Kiosk aufzupassen, um auf die öffentliche Toilette eilen zu können. Habe ich kein Recht, auch während der Arbeitszeit auf die Toilette zu gehen?

IGOR ZORIC: Doch, dieses Recht haben Sie. Ihre Firma muss den Arbeitsablauf so gestalten, dass Sie jederzeit auf die Toilette gehen können. Wie dies in der Praxis umgesetzt wird, muss die Firma in einem Reglement oder in einer schriftlichen Anweisung festhalten und Sie darüber informieren. Wenn Sie den Kiosk nicht schliessen können, muss sich Ihre Firma entsprechend organisieren. Sie muss eine Vertretung organisieren, die auch kurzfristig eintreffen kann, oder gemeinsam mit den umliegenden Geschäften eine Lösung finden, die es Ihnen ermöglicht, auch während der Arbeitszeit zur Toilette zu gehen. Stehen Ihnen nur öffentliche, kostenpflichtige Toiletten zur Verfügung, so muss Ihre Firma die Kosten dafür übernehmen.

14 workservice 16. August 2019

Kunststoff vermeiden - der Natur und der Gesundheit zuliebe

Plastic kommt uns doch nicht

Plastic ist überall. In den Meeren, in der Einkaufstasche, im Duschgel und in unserem Magen. Warum es Sinn ergibt, den Kunststoffverbrauch zu senken. Und wie Sie das anstellen.

MARTIN JAKOB

Manchmal machen sich auch Bundesbeamte dreckig. Zumindest alle zehn Jahre, wenn sie unseren Abfall analysieren. Dann nimmt sich das Bundesamt für Umwelt (Bafu) unseren Siedlungsabfall vor - je 500 Kilo aus 33 Gemeinden - und will haargenau wissen, wie sich der Kehricht zusammensetzt. Das Ergebnis von 2012: Zu 13 Prozent besteht der Abfall aus reinen Kunststoffen, also Plastic, und zu weiteren 18,5 Prozent aus Verbundwaren. Das sind zum Beispiel Getränkekartons, die neben Papier auch Kunststoff und teils Aluminium enthalten. Hinzu kommen 3,3 Prozent Textilien viele davon aus Kunstfasern.

Plastic macht also rund einen Drittel unseres Abfalls aus. In der Schweiz liegt der Kunststoffverbrauch bei etwa 1 Million Tonnen jährlich oder bei 125 Kilo pro Person. Nur ein Viertel davon bleibt längere Zeit im Gebrauch - zum Beispiel als Kunststofffenster, in technischen Apparaten, als Möbel und als Spielware. Der Rest ist Abfall, von dem nur gerade 10 Pro-

90 Prozent der Kunststoffverpackungen werden nach einmaliger Nutzung weggeworfen.

zent rezykliert werden. Der Rest wird energetisch verwertet, geht also in den Kehrichtverbrennungsanlagen durch den Schornstein und produziert Fernwärme.

2,5 LITER ERDÖL

So what? Das machen wir doch gut! Die Schweiz schmeisst schon mal keinen Kunststoff auf Müllhalden oder kippt ihn in den See! Und unsere Verbrennungsanlagen arbeiten mit super Feinstaubfil-

WORKTIPP **KUNSTSTOFFE AUFSPÜREN** Mit der App CodeCheck spüren Sie bedenkliche Inhaltsstoffe in Produkten auf. Zum Beispiel Kunststoffe in Kosmetika. App herunterladen, Barcode scannen, mehr über die Substanzen im Detail erfahren. Die App ist gratis; soll sie werbefrei sein, kostet das

GEWALTIGE MENGE: Der Kunststoffverbrauch der Schweiz beträgt eine Million Tonnen

säckli! Aber halt: So einfach ist es nicht. Erstens steckt in Plastic viel fossile Energie. Zur Gewinnung von 1 Kilo Polyethylen, dem Ausgangsmaterial zum Beispiel für Plasticsäckli, braucht es etwa zweieinhalb Liter Erdöl. Zweitens gelangen auch in der sauberen Schweiz unablässig Kunststoffe in die Umwelt. In vielen Hygieneprodukten steckt Mikroplastic. Beim Duschen, Waschen und Abschminken gehen sie mit dem Abwasser in die Kanalisation – und werden von Kläranlagen nur mangelhaft herausgefiltert. Eine Studie des Bafu und der ETH Lausanne hat 2014 in sechs Schweizer Seen und in der Rhone Mikroplastic nachgewiesen. Die Uni Bern schätzt die Vorkommen an Mikroplastic in Schweizer Auenböden auf 53 Tonnen. Und drittens ist die Schweiz tern! Also her mit den Plastic- keine Insel. Also kommt das Plas- den oder mindestens mehrmals geschirr verwenden, und bringen

einmalig 8 Franken.

www.codecheck.info

tic aus unseren Gewässern ins Meer, die Meerfische schlucken es, wir essen die Fische - so gelangt es auch in unsere Mägen. Und manche von uns arbeiten in Konzernen, die plasticverpackte Waren munter in die ganze Welt schicken, ohne lang zu fragen, wo der Kunststoffmüll dort am Ende landet. Je nach Sorte bleibt Plasticmüll bis zu 500 Jahre in der Natur, bis er restlos zerfallen ist.

DIE DREI «R»

Also ist der überlegte Umgang mit Kunststoffen wohl doch eine gute Idee. Aber wie stellen Sie es an? Die Formel lautet in Englisch «Reduce, reuse, recycle». Will heissen: den Verbrauch reduzieren, das Verbrauchsgut wiederverwenden, und wenn das nicht möglich ist, dem Recycling zuführen. Einige Tipps für den Alltag:

• EINKAUF: Plasticsäckli vermei-

gebrauchen. Nehmen Sie Ihre eigene Einkaufstasche mit. Wenn Sie im Supermarkt lose ausgelegte Früchte oder Gemüse in eine Tüte stecken, um zu wägen, legen Sie die Tüte zu Hause zur Seite und verwenden Sie diese beim nächsten Einkauf wieder. Noch besser: Einkaufsmöglichkeiten wie den Wochenmarkt oder den Hofladen nutzen, wo Sie den Einkauf direkt in die mitgebrachte Tasche legen können. Und: Verzichten Sie auf Fertiggerichte, diese frisch zu halten bedingt aufwendige Verpackungen, meist mit hohem Plasticanteil. Ebenso wirksam ist der Wechsel vom Mineralwasser in Flaschen zum Leitungswasser. Soll es sprudeln, gibt es patente Maschinen dafür.

• VERPFLEGUNG UNTERWEGS: Die Take-away-Kultur bringt enorme Abfallberge mit sich. Ziehen Sie Shops vor, die Mehrweg- oder Bio-



AUF GEHT'S! Wer den Wohnungsumzug mit Helferinnen und Helfern aus dem Freundeskreis stemmt, hat mehr Spass am Zügeltag und spart erst noch Geld. FOTO: ISTOCK

Wohnungszüglete in Eigenregie: Machen Sie es den

Fleissige Freunde, ein gutes Fahrzeug und eine vorausschauende Planung: Wie Ihr Umzug auch ohne Zügelprofis gelingt.

MARTIN JAKOB

Eine Züglete will gut vorbereitet sein - erst recht, wenn Sie selber Regie führen. Sobald der Termin feststeht, werben Sie also Helferinnen und Helfer an, mieten den Lieferwagen und organisieren genügend Verpackungsmaterial. Vielleicht erhalten Sie Kartons gratis von Freunden, andernfalls können Sie sie im Do-it-yourself-Shop kaufen oder beim Zügelunternehmen mieten. Die Miete ist etwas teurer, hat aber Vorteile: Sie erhalten robuste, gut stapelbare Boxen, und nach Gebrauch werden Sie die Dinger wieder

ohne Entsorgungsaufwand los. Erkunden Sie beizeiten auch den Fahrweg und die Aufund Ablademöglichkeiten möglichst nah bei der Haustür. Es empfiehlt sich, den Hauswarten die Züglete anzumelden und sie allenfalls zu bitten, am Vorabend einen genügend grossen Parkplatz zu reservieren.

GUT UNTERWEGS. Wählen Sie einen Lieferwagen mit genügend grossem, gedecktem Ladevolumen. Falls Sie Tiefgaragen befahren müssen, achten Sie auf die maximale Durchfahrtshöhe! Gegen Aufpreis erhalten Sie ein Fahrzeug mit Hebebühne, die schont den Rücken. Achten Sie unbedingt auf eine ausreichende Versicherung. Eine Haftpflichtversicherung für Schäden, die bei einem

in die Tüte!



pro Jahr. Das sind 125 Kilo pro Kopf. FOTO: GETTY

Sie fürs Kaffeetanken am Kiosk den eigenen Mehrwegbecher mit. Für den Durst zwischendurch während der Arbeit füllen Sie am Morgen eine Thermoskanne. Die hält Ihr Getränk stundenlang warm oder kühl. Und falls in der Kantine oder an Getränkestationen Ihrer Firma noch Plasticgeschirr und -becher im Gebrauch sind: Regen Sie den Wechsel auf Glas und Porzellan an. Grosse Schweizer Firmen wie Novartis oder UBS wenden sich zurzeit von Wegwerfgeschirr ab. Wohl weil es der Kasse dient. Und erst noch gut ist fürs Image.

• **HYGIENE/KOSMETIK:** Während andere Länder Mikroplastic in Kosmetika und Pflegeprodukten inzwischen ganz verboten haben, eiert die Schweizer Politik noch herum und vertraut auf die Selbstregulierung der Wirtschaft. Die Folge: Etliche hierzulande erhältliche Duschgels, Pasten, Peelings und Lotions enthalten nach wie den Holzweg wählen!

vor Mikroplastic. Meiden Sie solche Produkte. Beim Einkauf entlarven Sie Kosmetika mit bedenklichen Inhaltsstoffen über eine praktische App (siehe work-Tipp). Oder Sie konsultieren den kostenlosen Einkaufsratgeber des deutschen Bunds für Umwelt und Naturschutz: rebrand.ly/ohneplastik

• ALLTAGSGEGENSTÄNDE: Zurück zu nachwachsenden Rohstoffen, lautet die Devise. Bevorzugen Sie Textilien aus Naturfasern. Vermeiden Sie im Haushalt Plasticprodukte, wo es geht. Vom Chlüppli, also der Wäscheklammer, über die Zahnbürste bis zu Taschen, Schüsseln, Werkzeugen und Spielwaren (siehe Text rechts) sind viele Artikel auch in Bambus und anderen Textilfasern, aus Porzellan, Glas sowie aus langlebigen Metalllegierungen erhältlich. Oder aus dem guten alten Holz. Manchmal liegen Sie eben goldrichtig, wenn Sie

KIND UND KUNSTSTOFF

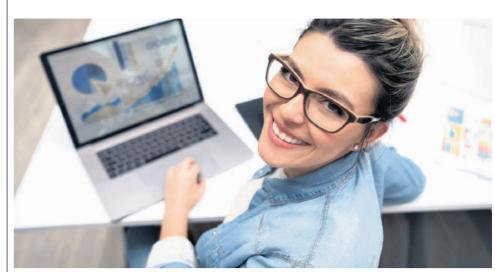
TRINK UND SPIEL GUT

Junge Organismen sind durch schädliche Umwelteinflüsse besonders gefährdet. Wie steht es also um Kunststoffe in der Kinderstube? Entwarnung gibt's für die Nuckelflaschen und Nuggi. Die heutzutage neu erhältlichen Produkte dürfen unbesorgt eingesetzt werden. Auch bei Plasticspielwaren sind problematische Zusatzstoffe wie beispielsweise Bisphenol A oder andere Weichmacher verboten. Theoretisch. Denn die entsprechende Spielzeugrichtlinie besteht zwar, die Einhaltung wird aber selten kontrolliert. Ist ein Produkt mit dem «CE»-Zeichen versehen, bedeutet das nur, dass sein Hersteller behauptet, sich an die Richtlinie zu halten. Ein gutes Zeichen ist hingegen das «GS» (geprüfte Sicherheit). Diese Gegenstände sind von einer unabhängigen Stelle geprüft. Im Zweifelsfall dient auch der Geruchstest als Hinweis: Lassen Sie unangenehm ausdünstende Plasticartikel besser liegen.

RISIKEN IM SPIEL. Generell sollten Sie beim Einkauf von Spielwaren auf hohe Qualität, idealerweise mit dem «GS»-Siegel, achten. Denn auch Holzspielwaren können im Lack, in Schnüren, Nieten oder im Sperrholz gesundheitsschädigende Stoffe enthalten. Besonders bei Kleinkindern, die ihr Spielzeug gern auch intensiv betasten, kneten und zum Mund führen, gelangen leicht flüchtige Gifte in den Organismus. Die Zeitschrift «Wir Eltern» hat einen Ratgeber für den Spielzeugkauf ins Netz gestellt, der neben gesundheitlichen Aspekten auch die Produktionsbedingungen beim Hersteller und Umweltverträglichkeit berücksichtigt: rebrand.ly/spielzeug

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ARBEITEN AN DER OCCASION: Für administrative Aufgaben oder zum Surfen im Internet tut es auch ein älterer Computer. FOTO: ISTOCK

So kommen Sie zu einem guten gebrauchten PC

Gebrauchte Computer sind günstiger als neue. Das lohnt sich, wenn Sie das Gerät hauptsächlich zum Schreiben von Dokumenten oder zum Surfen brauchen. Für aufwendige Arbeiten wie Videobearbeitung oder für Computerspiele sind neue Modelle sinnvoller.

DIE WICHTIGSTEN TIPPS:

- Gebrauchte PCs oder Macs gibt es auf Auktionsportalen wie Ricardo.ch oder Ebay.ch und in Internetshops wie Digitec.ch oder Brack.ch. Auf Ricardo oder Ebay gibt es normalerweise keine Garantie. Andere Internetshops geben nur in Einzelfällen Garantie.
- Für gebrauchte Apple-Produkte lohnt sich Revendo.ch. Die Firma prüft die Geräte vor dem Verkauf und erneuert sie teilweise.

Oft verlieren ältere Akkus schnell an Leistung. Ersatz sollte noch im Handel sein.

- Ein alter Akku verliert schnell an Leistung. Checken Sie deshalb im Internet, ob es zum angebotenen Modell noch Ersatzakkus zu kaufen gibt.
- Das Gerät sollte nicht älter als 5 oder 6 Jahre sein. Sinnvoll sind 100-200 GB Festplattenspeicher sowie mindestens 4 GB Arbeitsspeicher.
- Bei Privatkäufen sollten Sie den Computer persönlich abholen. Starten Sie das Gerät und öffnen Sie ein Programm. Prüfen Sie, ob es WLAN-Netze in der Umgebung findet und ob der Bildschirm korrekt funktioniert. Ist der Computer von aussen beschädigt, lässt das auf einen unsorgsamen Umgang durch den Vorbesitzer schliessen. Daher könnte das Gerät auch inwendig beschädigt MARC MAIR-NOACK

Was Sie beachten müssen

Freunden nicht zu schwer

Unfall Dritten zugefügt werden, muss der Vermieter selbst abschliessen. Die Vollkasko zur Versicherung von Schäden am Mietauto ist dagegen nicht zwingend. Falls sie im Mietpreis nicht enthalten ist, sollten Sie sie dazukaufen, ausserdem können Sie mit einer Zusatzprämie den oft hohen Selbstbehalt von mehreren Tausend Franken reduzieren. Fahren Sie mit dem Mietwagen nie allein. Beim unübersichtlichen Lieferwagen sind Sie froh, wenn jemand beim Manövrieren hilft.

GUT UNTERSTÜTZT. Wer mit Kolleginnen und Kollegen zügelt, statt ein Profi-Unternehmen zu verpflichten, hat im besten Fall mehr Spass am Zügeltag und spart erst noch gutes Geld. Die Bereitschaft Ihrer Freunde

sollte Ihnen aber auch Verpflichtung sein: Bereiten Sie den Umzug gewissenhaft vor, damit die abgemachte Einsatzdauer eingehalten werden kann. Beschaffen Sie Zügelhilfen, die das Schleppen der Las-

Packen Sie in eine Zügelkiste auf keinen Fall mehr als 25 Kilo.

ten erleichtern: Tragegurten zum Beispiel, Decken zum Einschlagen scharfkantiger und heikler Gegenstände, Transportrollis, wenn längere Distanzen zu gehen sind. Und packen Sie lieber ein paar Transportkisten oder -kartons mehr, dafür nicht zu schwer: Männer zwischen 20 und 35 Jahren sollten gemäss Suva nicht schwerer als

25 Kilo tragen, Frauen im gleichen Alter 15 Kilo.

Sorgen Sie auch für ausreichend Getränke und Verpflegung. Und seien Sie grosszügig, falls etwas zu Bruch geht. Denn Ihre Kolleginnen und Kollegen erweisen Ihnen mit der unkomplizierten Zügelhilfe im Rechtssinn eine Gefälligkeit und haften deshalb höchstens zur Hälfte für einen Schaden. Überdies bezahlt Ihre Haftpflichtversicherung nur den Gebrauchtwert eines Zügelguts. Davon die Hälfte abgezogen und auch noch den Selbstbehalt, ergibt dann oft ein Nullsummenspiel.

Also Schwamm drüber. Oder vorher eine zusätzliche Umzugsversicherung abschliessen, die für den Schaden ohne Wenn und Aber aufkommt (siehe rechts).

UMZUG VERSICHERN

NULL SELBST-BEHALT

Geht beim Zügeln mit Freundeshilfe etwas in Brüche, entstehen ungedeckte Schäden oder ein lästiges Hickhack, wer oder wessen Versicherung zahlungspflichtig sei. Hier springt die Umzugsversicherung von Swisscaution ein, die für eine Prämie von knapp 100 Franken bei Mietwagen den Selbstbehalt bis 5000 Franken und Sachschäden am Umzugsgut ebenfalls bis 5000 Franken (ohne Selbstbehalt) übernimmt.

rebrand.ly/ umzugsversicherung Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Darf ich für den Spitalbesuch früher gehen?

Ich arbeite im zweiten Lehrjahr als Hotel-Kommunikationsfachmann. Meine feste Freundin ist schwer erkrankt und liegt seit längerer Zeit im Spital. Ich habe meine Chefin gefragt, ob ich einmal pro Woche ein bis zwei Stunden früher gehen könne, um sie zu besuchen. Die Chefin sagte, das gehe leider nicht. Kann ich noch etwas machen?

{{ Leider ist die Entscheidung zulässig. Das Schweizer Arbeitsrecht ist nicht sehr alltagsfreundlich: Selbst wenn du ein

kannst du meist maximal drei

Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin. krankes Kind zu Hause hast,

Tage freinehmen. Wärst du mit deiner Freundin verheiratet oder würdet ihr in eingetragener Partnerschaft leben, wäre die Chance grösser: Die Gerichte bejahen heute den Anspruch auf zusätzliche Freizeit für den Besuch kranker Familienangehöriger im Spital. Ich würde dir empfehlen. noch einmal mit deiner Chefin zu reden und ihr den Ernst der Lage klarzumachen. Ausserdem könntest du ihr anbieten, an dem Tag, an dem du früher gehen möchtest, auch früher mit der Arbeit zu beginnen. Ich wünsche dir und deiner Freundin in dieser anstrengenden Zeit auf jeden Fall alles Gute!»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!



K-Tipp. Wir testen für Sie. Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 12
Das Lösungswort lautete: SOMMERPAUSE

	Z	С				Н	Ε					Ε		Ε				
	Ε	R	G	Ε	В	Ε	N		F	Ε	M	Τ	N	Ι	S	M	U	S
	L	0		М		Ι	T	T	1	G	Ε	N		L		Α	R	G
	L	1	L	1	Α	N	Ε		N		Τ		T	Ε	Ε	N	S	
L	U	X	0	R		Z		T	Ε	L	Ε	F	0	N		1		Н
	L		N		J	Ε	D	Τ		Ε	R		L		Ε	L	S	Α
	Α	N	G	K	0	R		R		_		Α	L	L	G	Α	Ε	U
В	R	1	Ε		Т		F	0	R	Ε	L	L	Ε		G		Ε	S
		М		K	N	Α	L	L	Ε	R		Р		L	Ε	ı	N	
	R	Ε	s	Ε	Т		Ε		G		M	Ε	R	Α	N			W
D	0	s		L		S	С	Н	Ε	R	Ε	N		М		Т	С	Ε
	L		S	С	Н	Α	K	Α	L		N		R	Ε	N	Т	Ε	N
	L	0	С	Н		L		Α		Р	Α	K	Ε	Т		Т		Τ
	Ε		Α	Ε	N	D	Ε	R	U	N	G		S	T	R	Ε	N	G
U	R	ī	N		N	0	T	Ε		G	Ε	S	T	Α	Ε	N	G	Ε

DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Ulrich Baumann, Oftringen AG. Herzlichen Glückwunsch!

Frucht- getränk	•	•	kegel- förmige Indianer- zelte	ein- stellige Zahl	ani- mieren	•	•	Mär- chen- riese	wütend rasen	ital. Artikel	alt Bun- desrat † 1977	V	Abk.: Bundes- amt für Energie	T	schlimm	willen- los er- geben	Abk.: nördl. Breite	Keim- zelle
geistige Formung	-			V		8		wir kämpfen gegen 	-	·	٧					•	٧	•
sozial- demokr. Partei d. Schweiz	-		Land- schaft in Ru- mänien		bewaff- neter Aufstand	-				4			frz. Ort am Gen- fersee		japan. Seiden- gürtel	•		
Hima- layabe- wohner	-		V					Turner- abtei- lung		ausspre- chen		Nahrung Aufneh- mender	-					Stock- werk
^					Impf- stoff		Vorrat	>		V					Verbre- cher- organi- sation		zuckern	•
ital.: genug		Nage- tier		Bil- dungs- veran- staltung	>							kurze Nach- richten		Dung	-		V	
Für bessere löhne	-	V					Opfer- tisch		byzant. Kaiserin † 803		Haupt- stadt v. Nicara- gua	-			3			
_				math. Winkel- funktion		handeln	\		•			2		schweiz. Clown † 2016		Vor- läuferin der EU	-	
Haus- halts- plan	Mix- becher		rollen	-					1		Situa- tions- komödie		hinwei- sendes Fürwort	-				
Sonnen-	-					Weis- sager		schweiz. Hoch- schule		Haupt- stadt v. Bulga- rien	-					niedrig. Liege- sofa		Wasser- raubtier
^	7		Zugma- schinen (Kw.)		höchster Berg im Alpstein	-		•					Ausflug, Wande- rung		best. Artikel (1. Fall)	>		V
engl. Artikel		Wort auf d. Wap- pen des Kt. VD	> 5							auf diese Weise, derart		schweiz. Kanton (ital.)	-					
genet. Kopie	-				ägypt. Sonnen- gott		Abk.: Neues Testa- ment		Segel- leine	-			6		weibl. frz. Artikel		dt. Vorsilbe	
der Frauen- streik 2019 war		histor. Volk im Baltikum	-		٧		•	Tier- garten	-			Vater- schafts- 			V		٧	
-										Symbol- figur Frank- reichs	-						raet	sel ch

1 2 3 4 5 6 7 8

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 23. August 2019

NSERAT

Umfrage Stress und Gesundheit in der Pflege

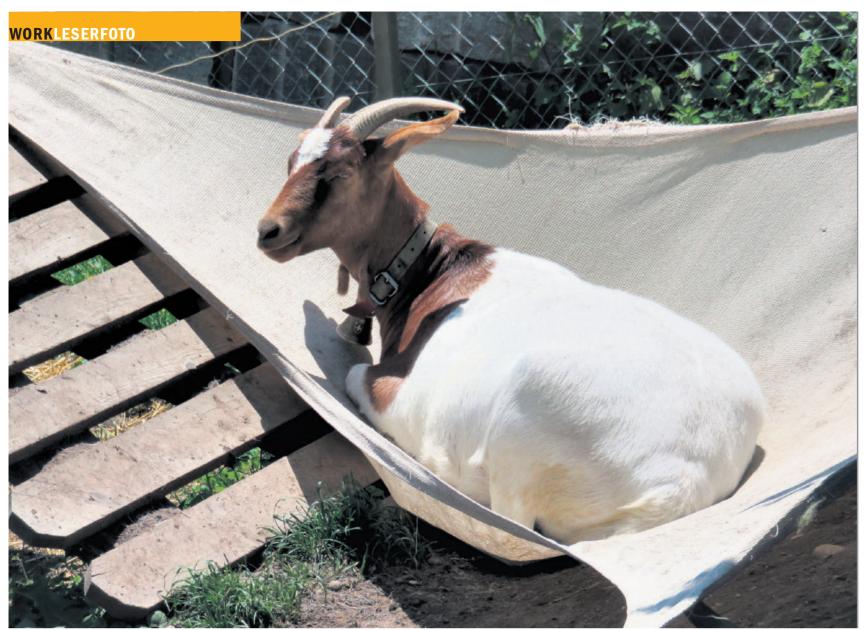
Laut unserer grossen Pflege-Umfrage von letztem Winter sehen sich 47 Prozent der Pflegenden nicht bis zur Pensionierung in ihrem Beruf. Zwei der Gründe: Stress und gesundheitliche Beschwerden durch die Arbeit.

Diese Situation ist besorgniserregend. Die Unia will deshalb den Ursachen der Probleme auf den Grund gehen, um danach auf konkrete Verbesserungen hinarbeiten zu können.

Arbeitest du in der Pflege? Dann fülle jetzt die Online-Umfrage zu Stress und Gesundheit aus!







Entspannung pur auf Geissart

WANN 23. Juni 2019 WO Ahorn, Berstenegg LU

WAS Eine Ziege in einer Hängematte

Eingesandt von Therese Müller, Langenthal BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workguiz Z



Wie gut sind Sie?

1.

Ab welcher Temperatur bekommen Baubüezer in ganz Österreich obligatorisch hitzefrei?

a) 30,7°C?

b) 31,6°C? c) 32,5°C?

c) 32,5 °C? d) 33,4 °C?

2.

Wie lange sperrte die Zürcher Polizei die Klimaaktivisten nach der friedlichen Bankenblockade ein?

a) 14 Stunden?

b) 18 Stunden?

c) 24 Stunden?

d) 48 Stunden?

3.

Wie viele Lernende wurden am Arbeitsplatz bereits sexuell belästigt?

a) jeder und jede dritte?

b) jeder und jede zehnte?

c) jeder und jede zwanzigste?d) jeder und jede dreissigste?

4.

Wie viele Menschen erschoss die Schweizer Armee am 1. August 1919 beim Färberstreik in Basel?

a) keinen?

b) einen?c) drei?

d) fünf?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Tosndeu: b4 ;e5 ;b2 ;o1

WORKPOST



WORK 12/28.6.2019: LILA WELLE FLUTET DIE SCHWEIZ Alle Achtung!

Das ist ja einfach nur Spitze! So was wünsche ich mir bei uns in Deutschland. Alle Achtung.

ALFRED MATEJKA, BETRIEBSRATSVORSITZENDER, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 12 / 28.6.2019: «WARUM

MACHTE DAS GANZE VOLK MIT?»

Grausamer Aktenberg

Es sind 9018 mutige Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich bis zum vorgeschriebenen Termin bei der Opferhilfe gemeldet haben. Die Opfer der fürsorgerischen Zwangsmass-

nahmen sind besser bekannt als «Verdingkinder». Aber es gab noch andere Namen für diese Weggesperrten von damals: «Heimeler, Arbeitsscheue. Trinker. Nichtstuer oder sogar Vaganten»! 2015 wurde ein Wiedergutmachungsfonds in der Höhe von 300 Millionen Franken geschaffen für die Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen. Diejenigen, welche die Wiedergutmachung bekommen, erhalten zusätzlich einen Aktenberg, der es in sich hat. Bei mir war er ganze zweieinhalb Zentimeter dick. Darin beschrieben, um welche «Delikte» es ging und die genaue Vorgehensweise, wie nun gegen die Beschuldigten vorgegangen werden müsse. Dazu kommen noch Berichte, wie die «versorgten Kinder» sich in den Anstalten und Heimen aufführten. Schön säuberlich geordnet und im Bundesarchiv abgelegt!

Doch in verschiedenen Regionen der Schweiz scheint es sie nicht zu geben, diese Opfer. So eine Region ist die Ostschweiz. Oder präziser das ländliche St. Gallen, die beiden Appenzell und Teile des Thurgaus. In diesen Gegenden wurde aus dem rechten Lager Stimmung gemacht gegen die Wiedergutmachung. Wohl auch deshalb haben sich erst etwas über 9000 der vermuteten 15000 Opfer gemeldet. Komischerweise hat niemand eine Ahnung, wie viele Betroffene es wirklich gibt! In einem ersten Untersuchungsbericht wurden nämlich Zahlen von um die 60 000 Betroffenen genannt!

Wie viele Betroffene gibt es nun genau? Darüber sollte man nachforschen und nicht «die Mittel» kürzen! Denn das Geld, das im Fonds übrigbleibt, fliesst ja wieder zurück in die Bundeskasse.

UELI SCHÄRRER, JENS BE

WORK 12 / 28.6.2019: SONNENSTROM: DER 365-WATT-HAMMER AUS CHINA

Auf ganzer Linie versagt

Tragische Bilanz – ob das aber nur das Resultat der zwei genannten Departementsvorsteher ist oder nicht, mag ich gerne anzweifeln. Ich glaube, unsere ganze Generation hat versagt und die Anzeichen von Umweltschutz, menschgemachtem Klimawandel und Energie- und Mobilitätsbedarf völlig falsch eingeschätzt. Leider machen wir immer noch so weiter ...

Der Beschrieb zum «Link zum Thema» bezüglich Supraleitung ist falsch. Die gängige BCS-Theorie zur Beschreibung der Supraleitung bietet sehr wohl eine Erklärung, warum Strom bei Zimmertemperatur nicht widerstandslos «wandert».

LISE GERBER, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

WORK 12 / 28.6.2019: EIN MANN GEHT BADEN

Krimi mit Augenzwinkern

Der Sommer ist schön – vor allem mit Ferien. Ich mag dem work-Team die freie Zeit von Herzen gönnen. Auch wenn mir jeweils die Lektüre dann fehlt, wenn ich am meisten Zeit hätte. Ein besonderer Leckerbissen ist jeweils der Sommerkrimi. Auch der diesjährige, der auch gleich noch aktuell am Frauenstreik spielt, war wieder humorvoll, überraschend und mit mehr als einem Augenzwinkern geschrieben.

AGNES SCHENKER-BADER, PER MAIL

WORK 12 / 28.6.2019: BLOCKADE ZWINGT MACHO-CHEF IN DIE KNIE

Frauenstreik ganz konkret

Der Frauenstreik war rundum grossartig: so viele Frauen, so viele Ideen, so viel Kraft! Das stärkt auch im Alltag. Speziell gefreut hat mich der Bericht über die streikenden Frauen in der Luzerner Reinigungsfirma. Gewerkschaftsarbeit ganz konkret und mit umgehenden Verbesserungen. Bravo, Unia!

MARTHA BÄCHLER, PER MAIL

WORK 9 / 17.5.2019: KLAGEN UND STRAFANZEIGEN À GOGO

Er schuldet uns 1,7 Millionen

Wie ich lesen kann, hat work im Fall Kurt Goger die Festlöhne und Materialkosten angegeben. Leider sind auch viele Sub-Sub-Unternehmer betrogen worden: wir mit 1,7 Millionen Franken! Wir sind auf Gogers Auftraggeber losgegangen und haben es geschafft, läppische 45 000 Franken zurückzuholen, den Rest konnten wir uns abschminken. Das Ganze war im Jahr 2017.

RENATO MERENDINO, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

BRIAN DARNELL EUROPÄER

Brian Darnell (*1959) ist in England aufgewachsen. Er machte eine Lehre als Werkzeugmacher. In den Ferien auf Gran Canaria lernte er seine Schweizer Frau kennen. Nach fünf gemeinsamen Jahren in England zogen sie 1986 mit ihrem Sohn nach Diessenhofen TG, wo die zwei Töchter geboren wurden.

ENGAGIERT. Acht Jahre lang arbeitete er bei der Nähmaschi nenherstellerin Bernina in Steckborn TG in der Qualitätskontrolle. Er war Mitglied in der Personalvertretung. Als er merkte, dass die Firma Monat für Monat Leute entliess, suchte er einen neuen Job. 1997 begann er bei der Pharmaproduzentin Cilag, heute Janssen, in Schaffhausen in der Produktion. Brian Darnell ist Präsident der Janssen-Betriebskommission (BK) und Mitglied im europäischen Betriebsrat. Er war früher Mitglied im Smuv und in der GBI und ist heute bei der Unia. Brian Darnell lebt in Schaffhausen und verdient etwa 7400 Franken im Monat, je nach Schichtzulage.



Brian Darnell (60) vertritt die Arbeitnehmenden der Pharmafirma Janssen

Der höfliche Engländer

Arbeiterinnen und Arbeiter sollten immer ihre Meinung sagen können – im richtigen Ton.

SINA BÜHLER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Es riecht süss und gar nicht schlecht, als Brian Darnell auf den dicken elektrischen Türknopf drückt und die Schiebetür surrend zur Seite gleitet. Er meint, wir hätten Glück mit dem, was gerade hergestellt werde: «Das sind Glykolide. Damit werden chirurgische Fäden beschichtet, die sich im Körper auflösen.»

Brian Darnell (59) ist Materialwart in der Abteilung «Chemical Operations» bei Janssen in Schaffhausen, wo sie chemische Wirkstoffe für den medizinischen Gebrauch herstellen. Janssen ist eine der grössten Firmen in der Schweizer Pharmaindustrie. Sie gehört zum US-amerikanischen Konzern Johnson & Johnson. Darnell ist für die Arbeitsorganisation der Abteilung verantwortlich. Er sorgt dafür, dass vor der Schicht alles bereitliegt, die Maschinen und Geräte gereinigt sind, das Material bestellt ist.

Die Wirkstoffproduktion findet auf fünf Stockwerken statt, von oben nach unten. Zuoberst kommen die Zutaten in die Reaktoren, wo sie auf dem Weg nach unten wieder getrennt, kristallisiert, geschleudert, getrocknet und dann abgefüllt werden. Janssen produziert im Schichtbetrieb. Auch Darnell arbeitet in der Früh-, Spätoder Nachtschicht, zuweilen auch am Wochenende.

LOKAL UND INTERNATIONAL. Der gebürtige Engländer hat noch eine zweite Aufgabe im Betrieb: Für seine Arbeit als Präsident der Betriebskommission (BK) steht ihm ein Pensum von 20 Prozent zur Verfügung. Erst

vor wenigen Wochen hat er das Amt übernommen, und im Moment räumt er gerade das Büro neu ein. Oder vielmehr: Er räumt es so ein, wie es früher war. Denn das Amt ist ihm nicht neu. Er hat es bereits 14 Jahre ausgeübt, bis er sich entschied, es wieder abzugeben.

Doch die Firma Janssen hat in den vergangenen Monaten eine ganze Abteilung verkauft. Und damit verlor die BK zwei Vorstandsmitglieder und zusätzlich den Präsidenten. Deshalb sprang Brian Darnell kurzfristig wieder ein, denn es gebe Dringendes zu tun. Beispielsweise in der optischen Kontrolle von sterilen Spritzen und Phiolen. Die Mitarbeitenden, die dieses Material mit blossem Auge auf Fremdpartikeln kontrollieren, arbeiten schon seit Monaten sechs Tage die Woche in drei Schichten. Darnell sagt: «Die Ruhezeit wird ganz knapp eingehalten, aber es ist ein Rhythmus, der auf Dauer nicht auszuhalten ist.» Nachdem die BK und die Unia wiederholt Druck gemacht hatten, wurden acht zusätzliche Kontrolleurinnen angestellt. Die Situation habe sich ein wenig entspannt.

Neben seinem Einsatz in der lokalen Arbeitnehmendenvertretung ist Brian Darnell auch im Europäischen Betriebsrat von Johnson & Johnson. Eine Aufgabe, die immer wichtiger wird, weil der Konzern nach und nach über 20 Einzelfirmen in der Schweiz aufgekauft hat. «Den Zugang untereinander haben wir erst in der europäischen Vertretung gefunden. Letztes Jahr habe ich ein grosses nationales Treffen in Schaffhausen organisiert», erzählt Darnell. Der Konzern würde gerne die Arbeitsbedingungen in der Schweiz vereinheitlichen. Darnell hat das Ziel, dass dies auf der Basis

des Einheitsvertrages geschehe, den Janssen mit der Unia abgeschlossen hat, des einzigen Gesamtarbeitsvertrags in einem Schweizer Johnson & Johnson-Betrieb.

JUNG UND MUTIG. Sein bester Trick als Vertreter der Arbeiterinnen und Arbeiter? «Höflichkeit», sagt er, ganz der Engländer: «Es ist wichtig, dass auf die Mitarbeitenden gehört wird. Wir haben ein Recht, unsere Meinung zu sagen. Solange wir das höflich, korrekt und freundlich tun, ist es kein Problem, selbst wenn wir viel fordern.» Einen ersten Versuch mit Forderungen startete er in England, als er als 17jähriger Lehrling in die Personalvertretung eintrat. «Bei meiner ersten Sitzung fragte ich den Personalchef, ob auch Arbeiter in die freiwillige Pensionskasse des Betriebs eintreten dürften. Das war damals dem Management vorbehalten. Der Mann sagte: «Nein, im Management sind die besseren Mitarbeiter.»

Man könne sich leicht vorstellen, wie seine Kollegen, die muskulösen Schweisser, diesen Anzugträger angefahren hätten, ihm vorschlugen, mal zur Abwechslung an ihrem Posten zu stehen, erinnert sich Darnell. Ob die Pensionskasse danach allen offenstand, weiss er nicht mehr. Kurze Zeit später habe Premierministerin Margaret Thatcher ohnehin das Pensionskassenobligatorium eingeführt, «das einzig Gute, was sie je getan hat».

In sechs Jahren wird das Thema Pension auch für Brian Darnell aktuell. Geht er danach zurück nach England? «Auf keinen Fall», sagt der eingebürgerte Schweizer. Er habe sich sogar überlegt, seinen britischen Pass abzugeben, «denn was brauche ich zwei Nicht-EU-Pässe?».



MODERNE HEXENKÜCHE: Die Firma Janssen produziert chemische Wirkstoffe für den medizinischen Gebrauch. Materialwart Brian Darnell sorgt dafür, dass alle Zutaten in der richtigen Menge vorhanden sind.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36. – im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 Fax 031 350 24 55 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch (jonaskomposch@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sina Bühler, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Lotta Suter, Jean Ziegler Gestaltung/Lavout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch: Silvia Aeschbach Korrektorat Urs Remund

Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach Korrektorat Urs Remund Sekretariat Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahres abonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.—, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.— Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnemten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 89 669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia